



BLUTIGE BILANZ

der ersten Monate Militärdiktatur

487 beantragte Todesstrafen
52 verhängte Todesstrafen
4 vollstreckte Todesstrafen
über 400 Exekutionen
(Morde bei militärischen Operationen)

Der Terror der faschistischen Junta geht mit Schützenhilfe des Westens weiter. Wenn die Debatten über die Türkei im Europarat und Bundestag beendet sein werden, werden die Generäle mit verstärkter Wut zuschlagen. Um auch die letzten Reste der Opposition einzuschüchtern und zu zerschlagen, werden sie noch mehr Antifaschisten bei Operationen exekutieren, sie bei Verhören zu Tode foltern oder als abschreckende Beispiele aufknüpfen.

In großer Aufmachung wurde in der türkischen Presse über die Operation gegen 4 Mitglieder einer Organisation genannt "Revolutionäre Volksführungskräfte", berichtet. Alle 4 kamen bei ihrer Verhaftung ums Leben, angeblich weil sie bewaffneten Widerstand geleistet hatten. Die Boulevardpresse veröffentlichte ekelregende Fotos der tot festgenommenen "Terroristen". Schon in den Zeitungsanzeigen kamen ihre Lügen zutage. Unter dem Bild, wo die Erschossenen

Wie der Vorfall sich wirklich ereignet hat, kommt in einer aus der Türkei übermittelten Nachricht zutage. "In dieser Zeit gibt es eindeutige Gemetzel. Insbesondere der Vorfall in Bakirköy ist aufschlußreich. Zuvor wurden alle Zeitungs- und Fernsehteams gerufen (angeblich hatten die Gesuchten zwei Polizisten in Usak ermordet). Beim Eintreffen von Polizei, Soldaten und den Journalisten übergaben die Leute ihre Sachen den Presseleuten und ergaben sich den Sicherheitskräften. Kaum hatten sie sich ergeben, wurden sie erschossen. Einer der Ermordeten wurde über den Boden gezogen und mit dem Kopf in einer Wasserlache verstarbt er."

nur in Unterhosen zu sehen waren, konnte man lesen: "Im Krankenhaus wurden sie entkleidet, um ihre Schußwunden zählen zu können". Auf der gleichen Seite befand sich ein weiteres Bild, wo der nackte Körper eines Ermordeten aus dem Krankenwagen gezerrt wurde. Das heißt, die Leichen waren schon vorher entkleidet.

Fortsetzung S.3



ISTANBUL, 16. MÄRZ 1981 So wird ein Exekutierter 'abgeschleppt'...

Alle reden von Demokratisierung

Man hat sich an die Diktatur in der Türkei gewöhnt. Im Europarat stehen alle Anzeichen auf einen Verbleib der Türkei, nachdem Ende Januar erneut konkrete Schritte für eine

Demokratisierung gefordert worden waren. In der Folgezeit hatten die Generäle auch ständig ihre demokratische Gesinnung betont. So wie schon 1960 und 1971 die Armee

nach 2 Jahren wieder in die Kasernen ging, wollten die Militärs auch jetzt bald wieder demokratische Verhältnisse. Eine westdeutsche Delegation war notwendig, um hierfür einen

Termin anzugeben. Die bundesdeutschen Parlamentarier betätigten sich als Propheten, als sie sagten, daß sie mit einer Rückkehr zur Demokratie im Jahre 1983 rechnen würden.

Fortsetzung S.3

Delegation — Ein Schutzschild für die Junta

Am 23.12.1980 begannen Arbeiter und Studenten aus der Türkei in elf Städten der Bundesrepublik, sowie in Paris, Straßburg, Lige (Belgien) mit einem Hungerstreik, der insgesamt 45 Tage dauerte.

Die Forderungen der Streikenden waren:

- 1. konkrete Angaben zum Schicksal von vier namentlich bekannten Gefolterten zu erhalten; sofortige ärztliche Untersuchung und Behandlung und Beendigung der Folter.
- 2. eine unabhängige Kommission in die Türkei zu entsenden, die Folter und andere Menschenrechtsverletzungen (Hinrichtungen, politische Gefangene, Erschossene) der Militärjunta untersuchen sollte.

Die zweite Forderung war an die Bundesregierung gerichtet.

Statt einer unabhängigen Kommission wurde eine Delegation ausschließlich nur vom Bundestag beschlossen. Das war nicht die Forderung des Hungerstreiks, weil zu befürchten war, daß so eine Kommission mit Ergebnissen aus der Türkei zurückkehren würde, wie sie von der Junta veröffentlicht werden (teilweise Bekanntgabe einzelner Folterfälle.)

Fortsetzung S.4

Menschenrechte Folter in der Türkei

"Aufgrund unserer Untersuchungen konnten wir feststellen, daß ein Großteil der nach dem 12. September Festgenommenen wieder freigelassen wurden... Es gibt keine systematische Folter in der Türkei."

Das ist das Ergebnis, das die Mitglieder der Bundestagsdelegation "aufgrund ihrer Untersuchungen" in der Türkei feststellten und nach der Rückkehr auf einer Pressekonferenz in Bonn bekannt gaben.

Dabei schienen sie nur etwas sehr Wichtiges vergessen zu haben, nämlich warum sie in die Türkei gereist waren. "Wir fahren weder als eine Befragungs- noch als eine Untersuchungskommission in die Türkei" hatten sie schon vor ihrer Abreise am 16.03.81 in Bonn erklärt. Die Frage, wie die Mitglieder dieser Delegation als Politiker eines demokratisch regierten Landes diese Ver-

antwortung übernehmen konnten, ohne einmal mit einem politischen Gefangenen gesprochen oder einen Prozeß in einem militärischen Schnellgericht verfolgt zu haben, öffentlich bekanntzugeben, und zwar sich auf ihre "Untersuchungen" berufend, daß es in der Türkei keine systematische Folter gäbe, lassen wir unsere Kolleginnen und Kollegen in den Reihen ihrer Parteien stellen. Denn es scheint immer noch deutsche Demokraten zu geben, die daran zweifeln, daß die Interessen der BRD die Delegationsmitglieder blind machten, sogar es vergessen ließen, was für ein wichtiger Grundstein die Menschenrechte in einem demokratischen System sind. Unsere Frage an die Bundestagsdelegation ist, wie sie auf diese Meinung kommen könne, während die Junta in der Türkei selbst sich zu 68 Folterfälle äußern mußte. Allein diese Zahl, die sicherlich

nichts anderes als die Spitze eines Eisbergs bildet, ist ein konkreter Beweis dafür, daß man die Folter systematisch anwendet, um die politischen Opponenten zu zermürben. In der Türkei kann man heute beobachten, daß die Foltermethoden in den verschiedenen Teilen des Landes fast die gleichen sind und daher auch mit den gleichen Mitteln (Stromerzeuger, Falanga, spitze Elektrostäbe usw.) praktiziert werden. Ausnahmslos jeder, der festgenommen wird, wird als erstes mal ordentlich geprügelt und falls er dabei nicht "auspackt" zur Folter abgeführt. Das heißt, die Folter in der Türkei - angefangen von der Elektroschockbehandlungen in den Polizeistationen bis hin zur Prügelstrafe in den Schulen - wird systematisch, gezielt angewendet und ist schon längst zu einem unverzichtbaren Mechanismus der Vernehmung geworden.

Fortsetzung S.2

inhalt

Liberalismus oder Etatismus	S.4
Hetzkampagne	S.5
Politische Verfolgung	S.6
BRD-Aktuell	S.8
Wirtschaft	S.9
Die Linke aus der Türkei	S.10
Der Putsch - Eine Niederlage für die Linke?	S.11

Menschenrechte Folter in der Türkei

FORTSETZUNG

Den Definitionsstreit über den Begriff "systematische Folter" aber, worauf sich nach der Rückkehr der Bundestagsdelegation aus der Türkei die Delegierten eingelassen haben, betrachten wir als nichts anderes als einen reaktionären Versuch, die unvorstellbaren Menschenrechtsverletzungen durch die Junta in unserem Land herunterzuspielen, sogar sich über das Leid der Gefolterten und ihrer Angehörigen lustig zu machen. Wie will man es beweisen, ob Folter in der Türkei "systematisch" ist oder nicht? Etwa durch einen derart unkonkreten, sinnlosen Definitionsstreit? Während die Zahl der Folteropfer ständig steigt und das Ausmaß der politischen Verfolgungen unvorstellbare Dimensionen erreicht, glauben wir an die Ehrlichkeit dieser Diskussion nicht, welche niemals die Verhinderung der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei bezweckt. Hier wollen wir jeden noch einmal daran erinnern, daß in diesem Moment, während manche Politiker nach der "systematischen Folter" forschen, der Terror der Militärjunta verstärkt, die Vernichtung der Opposition in der Türkei beschleunigt wird. Alleine die Häufigkeit der in den letzten Tagen (während sich die Bundestagsdelegation sich in der Türkei aufhielt) geforderten Todesstrafen zeigen, den immer härter werdenden Kurs der Generale deutlich, während viele westliche Politiker auf eine Liberalisierung in diesem sogenannten Demokratisierungsprozeß warten:

Die türkische Tageszeitung Milliyet berichtete in ihrer Ausgabe vom 30.03.81 über den Tod eines inhaftierten Jugendlichen im Beyogluer Polizeipräsidium. Hier geben wir die Meldung in Milliyet wieder:

TITEL:

Ein inhaftierter Jugendlicher beging Selbstmord, indem er sich aus dem 3. Stock des Polizeipräsidiums Beyoglu in Istanbul stürzte

Aufgrund von Denunziationen führten die Sicherheitsteams des Beyogluer Polizeipräsidiums vergangene Nacht eine breit angelegte Operation in Sütlüce und in der Umgebung von Istanbul durch. Während der Operation nahmen sie 8 Personen fest, die verdächtig erschienen und brachten sie zum Verhör ins Polizeipräsidium.

Als die Beamten Vorbereitungen für das Verhör mit Hasan Gazoglu und seiner Freundin trafen, schrie Hasan Gazoglu: "Das läßt sich auf diese Weise schneller erledigen", und sprang aus dem Fenster des 3. Stockes, wobei er sich schwere Verletzungen zuzog. Im Krankenhaus konnte er nicht gerettet werden und starb an den Folgen seiner Verletzungen.

Nun die Fragen, die sich sicherlich jeder Mensch stellen wird, der diese Nachricht liest: Warum stürzt sich ein junger Mensch aus dem Fenster des 3. Stockes? Was zwingt ihn dazu, einen derart schrecklichen Tod zu wählen? (Das läßt sich auf diese Weise schneller erledigen) Was mußten die Polizisten für die Durchführung des Verhörs vorbereiten?

Es soll für keinen Menschen ein Rätsel sein, warum sich die Häftlinge immer wieder aus den Fenstern der Polizeipräsidien stürzen, sich in ihren Zellen erhängen oder ihre Köpfe gegen die Wand schlagen. Ob auch über diese Frage ein "intellektueller" Definitionsstreit zu starten ist? Aber eine klare Antwort auf diese Fragen zu geben, ist gar nicht schwierig: Alleine die Folter, Angst vor Qual, vor Schmerzen können die Menschen dazu zwingen, aus dem Fenster des 3. Stockes hinunterzuspringen oder den Kopf gegen die Wand zu schlagen. Auf die Frage, was die Polizisten für die Durchführung des Verhörs vorbereiten mußten, daß der Jugendliche

eine so große Angst bekam, gibt es auch keine konkrete Antwort in der türkischen Presse. "Die Gründe, warum er Selbstmord beging, blieben unklar" stand in der türkischen Tageszeitung Hüriyyet zu lesen. Welcher Folterer kann zugeben, daß er foltert? Aber es ist nicht schwierig, sich vorzustellen, was im Verhörraum vorbereitet wurde, wenn man sich an die unvorstellbaren Foltermethoden der Junta und an die Aussagen der Gefolterten erinnert. Hier noch einmal einige zu jener Zeit gebräuchlichsten Foltermethoden der Polizei, um von den politischen Gefangenen Geständnisse oder den Aufenthaltsort von Oppositionellen zu erpressen: Falaka (Schläge auf die Fußsohlen), Elektroschockbehandlung aller erdenklichen Körperteile, sexuelle Folterungen sowie Vergewaltigung der Frauen und Mädchen vor ihren Männern und Eltern, das Einführen von Knütteln oder spitzen Elektrostäben in After oder Vagina der Opfer.

Auf alle diese Fragen geben aber auch die folgenden Aussagen der Zeugen, der angeklagten Mitglieder der linken Organisationen und der Gefolterten in ihren Briefen an Angehörige im Ausland eine konkrete Antwort:

Bei den Prozessen gegen Angehörige von DEV-YOL und Acililer akzeptierten die insgesamt 157 Angeklagten (für 52 wird die Todesstrafe gefordert) ihre Aussage und die gegen sie erhobenen Vorwürfe nicht, weil sie im Polizeipräsidium gefoltert wurden.

- Ziver Akgöl (DEV-YOL): "Ich akzeptiere meine Aussage aus der Akte nicht. Kaum war ich festgenommen, wurde ich zum Kommissariat gebracht, auf ein Kreuz gespannt, es wurde Strom gegeben und unvorstellbare Folterungen gemacht. Sie haben mich gezwungen, diese Aussage zu unterschreiben. Es ist nicht meine Aussage."

- Gürsel Saglamöz (Acililer): "Meine Aussage auf dem Polizeipräsidium wurde durch Folter aufgenommen. Am Schluß haben sie gesagt, wenn die Hose nicht paßt, können wir sie gegen ein Hemd eintauschen (=wenn die erste Anschuldigung nichts taugt, können wir sie durch einen anderen Vorwurf ersetzen). Dieses Hemd habe ich immer noch. Es liegt an ihnen, es mir auszu-ziehen."

(Nachricht in Cumhuriyet vom 7.3.81)

Der İlhan Erdost-Prozeß (Zeugenaussagen lt. Cumhuriyet vom 19.3.81)

Der Unteroffizier Sükrü Bağ behauptete, er habe die Soldaten, bevor sie in den Wagen stiegen, daran gehindert, İlhan und Muzaffer Erdost zu prügeln. Dann habe er die Formalitäten erledigt und die Papiere ausgefertigt und die beiden Brüder an den C-Block des Militärgefängnisses ausgeliefert. Er habe mit dem Mord nichts zu tun. Gegen ihn wurde ein Prozeß wegen "Ermüdigung zum Mord" verhängt.

Die Soldaten Metin Gündoğan, İbrahim Keskin und Kâmet Çağlar, die wegen "vorsätzlichem Mord" angeklagt werden, behaupteten, sie hätten nur, wie üblich, auf Körperteile unter der Gürtellinie geschlagen, um die Disziplin zu sichern... (İlhan Erdost starb an den Folgen einer Gehirnblutung)

Der Antrag der 7 Rechtsanwälte von Erdost, auf Verhaftung des Unteroffiziers Sükrü Bağ, wurde vom Gericht abgelehnt.

Prozeß gegen Sicherheitsbeamte wegen des Mordes an Hasan Asker Özmen

Zeuge Kanber Ates: "Die mit Strom Behandelten schrien auf. Danach wurde, da sie in Ohnmacht gefallen waren, ihre Brust von den Anwesenden gerieben. Ich habe selbst gesehen, wie die Anwesenden solche Wiederbelebungsversuche bei Hasan Asker Özmen praktiziert haben."

"Aus diesem Grunde gab es in dem Raum, in dem gefoltert wurde, ein Bett. Die Personen, die dort gefoltert wurden, wurden an den Füßen gefesselt und unter Strom gesetzt. Ein Stockwerk darüber, in dem Gegenüberstellungen stattfanden und Aussagen aufgenommen wurden, befand sich ein weiterer Raum. Hier wurden keine Strombehandlungen durchgeführt, sondern es wurde schlicht geschlagen. Bei mir persönlich wurde die Strombehandlung angewandt."

Zeuge Süleyman Puhur: "Als Asker Özmen das Espäckchen bekommen sollte, mischte sich ein diensthabender Beamter ein, der ihm Brot, Wasser und den Toilettengang verbot."

Zeuge Erol Baskal: "Ich habe Hasan Asker Özmen einmal gesehen, als er an der Decke aufgehängt war. Er war von der Hüfte abwärts nackt..."

Brief eines türkischen Landsmannes vom 27.2.81

Lieber Bruder,

... Gerade habe ich eine Nachricht erhalten, die mich zum Weinen brachte, aus lauter Ohnmachtsgefühl... Man sagt, daß die gefangenen Mädchen zu 90 % vergewaltigt werden, etwa 50 % sind schwanger. Kannst Du Dir vorstellen, wie weit entfernt wir inzwischen von jeder Menschlichkeit sind?

In diesen Tagen wird die Folter in tausend Variationen angewandt... Die Leute, die jetzt gefangen genommen werden, beten darum, daß lediglich Elektroschocks angewandt werden. Aus dem 6. Stock des Polizeipräsidiums in Ankara werden Menschen mit einem Strick aus dem Fenster gehängt und bedroht, daß der Strick durchgeschnitten werde, wenn sie nicht reden. Man zwingt die Gefangenen auch auf einem Steg über den leeren Aufzugsschacht zu gehen. Nachts werden Hinrichtungsszenen veranstaltet. Um 3.00 Uhr in der Frühe heißt es plötzlich: "Deine Zeit zur Hinrichtung ist gekommen." Den Leuten wird ein weißes Gewand übergezogen. In Begleitung des Priesters werden sie dann zum Galgen geführt, wo ihnen die Schlinge um den Hals gelegt wird... Dann ertönt ein Pfeifton und es heißt: "Für heute war es genug. Ab ins Bett."

Diese Zeilen wurden noch vor dem Besuch der bundesdeutschen Delegation geschrieben. Jedoch gelten die Beschreibungen der Folter nach wie vor. Nur eines hat sich geändert. Wenn immer eine Anfrage aus dem Ausland kommt, in der ein Gefolterter oder der Ort der Folter mit Namen benannt ist, dann werden diese Plätze geräumt, blitzblank hergerichtet und die Folteropfer in ärztliche Behandlung gebracht. (oder aber man leugnet einfach ihre Existenz). An anderen Orten wird dann noch grausamer weitergefoltert. Den möglichen Kommissionen aus dem Ausland kann man nun aber Musterplätze und vorbildliche Haftbedingungen vorführen. Dies geht aus einem Brief hervor, der am 10.04.81 an die Alternative Türkei-Hilfe geschrieben wurde

"Die Orte, wo gefoltert wird, werden in der Zwischenzeit für die touristischen Kommissionen geräumt und auf einen sauberen Zustand gebracht, damit die touristischen Kommissionen nicht über dreckige primitive Stätten klagen. Insbesondere die Orte, die in Bezug auf die Folter schon über einen historischen Wert verfügen, werden von den Personen geräumt, die dort liegen. Sie kommen in medizinische Behandlung in ein Krankenhaus (wirklich). Damit die Folterspuren verwischt werden."

Wenn im Mai erneut über die Türkei-Hilfe abgestimmt wird, sollten die bundesdeutschen Parlamentarier sich nicht auf touristische Eindrücke verlassen. Die Wahrheit sieht anders aus.

ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE (12.9.1980-15.4.1981)

Erscheinungsdatum in der Presse	Zahl der Angeklagten	Ort der Prozesse
1. 29.1.1981	19	(DEV-YOL)
2. 3.2.1981	2	(DEV-YOL)
3. 5.2.1981	30	(ACIL)
4. 5.2.1981	30	(DEV-YOL)
5. 5.2.1981	6	(HK-TDKP)
6. 12.2.1981	3	(THKP-C)
7. 12.2.1981	16	(DEV-YOL)
8. 25.2.1981	56	(MLSPB)
9. 13.3.1981	20	(HK-TDKP)
10. 17.3.1981	11	(PARTIZAN)
11. 17.3.1981	9	(HK-TDKP)
12. 18.3.1981	15	(DEV-YOL)
13. 20.3.1981	6	(KSD)
14. 20.3.1981	2	(DEV-YOL)
15. 23.1981	54	(THKP-C, Eyl. Bir.)
16. 25.3.1981	32	(ETKO)
17. 25.3.1981	11	(HK-TDKP)
18. 26.3.1981	97	(PKK)
19. 27.3.1981	26	(DEV-YOL)
20. 1.4.1981	5	(DEV-YOL)
21. 7.4.1981	15	(DEV-YOL)
22. 9.4.1981	2	(UGD)
23. 9.4.1981	2	(DEV-YOL)
24. 11.4.1981	5	(3. YOL)
25. 11.4.1981	5	(THKP-C)
26. 11.4.1981	3	(HK-TDKP)
27. 11.4.1981	1	(-)
28. 16.4.1981	4	(TKP-ML TIKKO)
Gesamt	487	

Seit 12. September 1980 bis zum 15. April 1981 wurden für insgesamt 487 Personen (davon 34 Rechte) Todesstrafe gefordert.

TODESURTEILE (12.9.1980-15.4.1981)

1. Firkri Arikian	in Ankara
2. Eyyüp Özmen	in Ankara
3. Kemal Özdemir	in Ankara
x 4. İsa Armaga	in Ankara
x 5. Kemal Ergün	in Ankara
o 6. İbrahim Güfci	in Ankara
7. Mervan Sebanu	in Ankara
8. Muhammet Dip Ebuzerat	in Ankara
9. Mustafa Baseyisli	in Ankara
10. Hüseyin Süleyman Abdullah	in Istanbul
x 11. Mehmet Ali Ağa	in Istanbul
12. Cengiz Ayhan	in Istanbul
13. İsmet Sahin	in Istanbul
o 14. Ahmet Erhan	in Istanbul
x 15. Kadri Tandoğan (MLSPB)	in Istanbul
x 16. Ahmet Saner (MLSPB)	in Istanbul
17. Oktay Aydın	in Diyarbakir
x 18. Cevdet Karakas	in Elazığ
o 19. Mehmet Firtürk	in Adana
x 20. Recep Sarıoğlu	in Adana
21. İsmail Arici	in Adana
22. Zekeriya Turhan Bayburt	in Adana
23. Muzaffer Sahin	in Adana
o 24. 22 Angeklagte des K.Maras-Prozesses	in Adana
25. Mustafa Özenc (DEV-YOL)	in Adana
26. Erhan Buldanlioglu	in Adana
27. Veysel Güney	in Gaziantep

(o : wartet vor dem obersten Revisionsgericht)

(x : bestätigt, kann jeder Zeit vollzogen werden)

Seit dem 12. September 1980 wurden bis zum 15. April 1981 insgesamt 52 Todesurteile gefällt, von denen vier vollzogen wurden.

HINRICHTUNGEN

1. 7.10.1980	Mustafa Pehlivanoglu
2. 7.10.1980	Necdet Adali
3. 26.10.1980	Serdar Soyvergin
4. 13.11.1980	Erdal Eren

ERSCHOSSENE

Den offiziellen Angaben zufolge werden in der Türkei täglich zwei Menschen erschossen. Seit dem 12. September 1980 wurden laut Pressemeldungen bisher 410 Personen erschossen. Wir führen hier die Namen derer auf, die in der Zeit vom 15. - 31. März 1981 erschossen wurden.

15. März	Battal Evsen	(linksgerichtet)	in Pazarcik
17. März	Mehmet Yıldırım	(linksgerichtet)	in Istanbul
	Cemalettin Düvenci	(linksgerichtet)	in Istanbul
	Selahattin Gözütek	(linksgerichtet)	in Istanbul
	Nihat Kuran	(linksgerichtet)	in Istanbul
	Hasan Yıldırım	(Offizier)	in Gölçük
18. März	Besey Anus	(linksgerichtet)	in Pazarcik
19. März	Abdullah Gündoğulu	(linksgerichtet)	in Izmir
	Necati Tel	(Polizist)	in Izmir
	Ali Cinkilic	(linksgerichtet)	Kahraman Maras
	Salman Cengiz	(linksgerichtet)	Kahraman Maras
22. März	İbrahim Celik	(linksgerichtet)	in Artvin
23. März	Soner İlhan	(linksgerichtet)	in Iskenderun
26. März	Yasar Akbaba	(linksgerichtet)	in Istanbul
27. März	27 Angehörige der	(Org. PKK)	bei den Operationen in Ost-anatolien
27. März	eine Person (ohne Namensangabe)	(linksgerichtet)	in Ankara

BLUTIGE BILANZ

FORTSETZUNG



Welch ein Haß gehört dazu, solche Massaker als Augenzeuge zu verfolgen und mit Bild und Wort im Blute der angebliebenen Republikfeinde zu baden. Polizei und Soldaten werden aufgestachelt, indem man ihnen immer wieder neue Berichte über Ermordungen ihrer Kollegen vorlegt. Auf diese Weise wird dann die angebliche Terrorbekämpfung zu einem Terror von unvorstellbarer Brutalität. Nur so kann man es sich erklären, daß bis heute über 410 Oppositionelle bei militärischen Operationen erschossen wurden.

Noch größer ist jetzt schon die Zahl derer, die man mit gerichtlicher Verfügung umbringen will. Schon in den ersten paar Monaten nach dem Putsch sind 4 Todesurteile vollstreckt worden und nachdem erst ein Teil der Massenprozesse eröffnet wurden, ist die Zahl der beantragten Todesstrafen auf ca. 500 angestiegen.

MASSENPROZESS GEGEN KURDISCHE FREIHEITSKÄMPFER

Schon einige Tage nach dem Putsch konnte man in kleinen Meldungen lesen, daß in Diyarbakir insgesamt 1.200 Mitglieder einer separatistischen Organisation in einem Mammutprozeß angeklagt werden sollten. Gemeint war hiermit wohl die Organisation PKK (Kurdische Arbeiterpartei)

Jetzt ist der erste Prozeß gegen diese Organisation eröffnet worden und es sind 447 Mitglieder, die in dem ersten Verfahren vor den Richter treten müssen. Die Anzahl der geforderten Todesstrafen ist jedoch enorm. Gleich 97 Mal beantragte der Staatsanwalt in diesem Prozeß die Todesstrafe. Die Anklageschrift umfaßt 207 Seiten. Dies wurde in der Presse für einen eventuellen Vergleich mit anderen Prozessen gleich mit zitiert.

Nun mußte aber auch die erste Zahl von 1.200 korrigiert werden. Man spricht von insgesamt 3.150 Mitgliedern dieser Organisation, von denen 2.331 gefaßt worden sein sollen. 27 Mitglieder wurden bei den Operationen erschossen und der Rest wird noch gesucht, wobei von ihnen sicherlich auch noch einige erschossen werden, um sich die Prozeßkosten zu sparen.

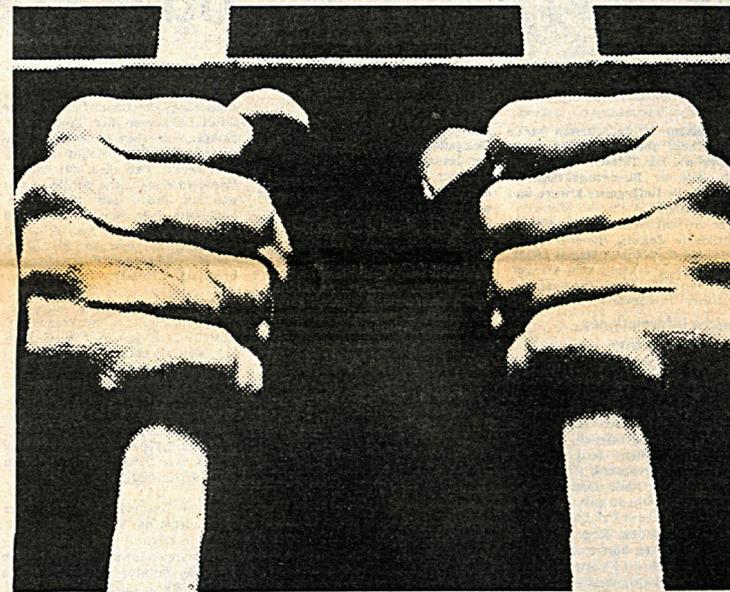
Den bislang Angeklagten werden 243 Morde vorgeworfen, wobei in der Presse der Eindruck erweckt wird, als habe es sich bei den Mitgliedern um äußerst brutale Marxisten-Leninisten gehandelt, die selbst vor einem Mord an Verwandten, Folterungen und Erstechen von schwangeren Frauen nicht zurückgeschreckt haben. So wird der kurdische Widerstand schon vor dem Prozeß in einer solchen Weise ideologisch bekämpft, daß an ein rechtsstaatliches Verfahren überhaupt nicht mehr zu denken ist.

JUNTAFEIND ERSTEN RANGES: DEVRIMCI YOL

Zum zigtsten Male ist nun schon der vernichtende Schlag gegen einen der ärgsten Feinde der Junta, Devrimci

Yol, durchgeführt worden, aber immer noch kommen überall neue 'Nester' dieser Organisation zum Vorschein, so daß sich auch die Anzahl der Prozesse ständig steigert. Allein in Ankara, Adana, Aydin und Izmir sind in vielen einzelnen Verfahren mehr als 140 Todesurteile beantragt worden. Auf welchen tönernen Füßen die Anklage steht, zeigt ein Prozeß in Ankara, in dem insgesamt 74 Anhänger von DEV-YOL angeklagt sind, von denen anfänglich 30 die Todesstrafe erhalten sollten. So hieß es Ende November. Bei der Eröffnung des Verfahrens im Februar war diese Zahl auf 25 Todesurteile gefallen. Noch dazu wurden 24 der 74 Angeklagten gleich am ersten Verhandlungstag wieder entlassen. Unter ihnen war auch einer der unter Todesstrafe angeklagten Gefangenen.

Um der Öffentlichkeit die Gefährlichkeit der Organisation vor Augen zu führen, werden ständig neue Meldungen produziert. So konnte man Mitte März in der Presse lesen, daß inzwischen 6 Staatsanwälte in dem Verfahren eingesetzt worden seien, weil die Anzahl der Angeklagten in Ankara alleine auf 500 angewachsen sei. Es dauerte nicht mal einen Monat bis eine noch schlimmere Nachricht erschien. Die Anzahl der Beschuldigten sei auf über 1.000 angewachsen, so daß jetzt 10 Staatsanwälte eingeschaltet werden mußten.



Am Rande wurde dann erwähnt daß der Journalist, İlhami SOYSAL, der auch eine Druckerei betrieb, innerhalb dieses Prozeß erscheinen solle. Die Anklage gegen ihn und 7 seiner Mitarbeiter lautet, Druck verbotener Schriften für DEV-YOL. Aus diesem Grunde sitzt er seit dem Putsch in Haft und es ist nicht abzusehen, wann endlich einmal ein Prozeß gegen ihn stattfindet.

FREILASSUNG ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN

SCHLUSS MIT DEN HINRICHTUNGEN

ABSCHEFFUNG DER TODESSTRAFE

Demokratisierung

FORTSETZUNG

Diese Meldung wurde zwar nicht ausdrücklich bestätigt, sie ist aber von der Junta bisher auch nicht dementiert worden. Es ist jedoch klar, daß die Militärs unter Demokratisierung etwas anderes verstehen als das europäische Ausland. So forderte der Europarat schon am 1.10.80 eine sofortige Rückkehr zur Demokratie, wobei das heisst:

- freier Wille des Volkes (Wahlen)
- gewerkschaftliche Betätigung
- parteipolitische Aktivitäten (Parlament)

Die Generäle behaupten, dass eine Rückkehr zu den demokratischen Verhältnissen vor dem 12.09.80 bedeutet:

- Bürgerkrieg
- Wirtschaftsschaos
- Behinderung der Sicherheitsorgane

Demokratie ja, aber nicht wie in den letzten 20 Jahren. Wie also denn? Dafür gibt es nicht sehr viele konkrete Hinweise. In Kenntnis der Lage lässt sich jedoch folgendes sagen. Mit diesem Putsch sollte eine Neuordnung des gesamten Staatsapparates eingeleitet werden. Zumin-

versöhnlicheren Haltung und lehnte sich stark an die Anschauungen der Mittelschicht an. Die Verfassung von 1961 war bis heute sehr stark von reaktionären Kreisen angegriffen worden. Unter anderem hatte sich der gestürzte Ministerpräsident Demirel immer sehr stark dagegen ausgesprochen. Mit der Abschaffung des "Tag des Grundgesetzes" vollziehen die Generäle die Politik des von ihnen gestürzten Regierungschefs. Vor der geplanten Neuordnung haben das Bildungsbürgertum und die Mittelschicht einen letzten Schlag erhalten. Damit sollte auch ihnen klar sein, dass sie in der neuen Ordnung kaum ein Mitspracherecht haben werden.

b) Verfassungsgebende Versammlung in Sicht

Schon Mitte Januar kündigte General Evren die Bildung einer konstituierenden Versammlung im Herbst dieses Jahres an. Unter den im September oder Oktober 1981 von der Junta zusammengerufenen "Volksvertretern" wird aber kein ehemaliger Politiker sein (hauptsächlich wohl pensionierte Offiziere?). Egal, wer in diesem

c) Organisationsfreiheit in Zukunft unerwünscht

Schon vor Verabschiedung der neuen Verfassung ergaben Beschlüsse, mit denen das Vereinswesen reguliert werden soll, Hiernach dürfen

- Polizisten, Wächter und Sicherheitsbeamte keinen Verein gründen oder beitreten (nur der Stiftung zur "Stärkung des türkischen Polizeiparates")
- Beamte können für einen Berufszweig nur eine Vereinigung bilden
- Schüler der weiterbildenden Schulen dürfen keinem Verein außer dem Schulverein beitreten
- Studenten haben das Recht auf nur einen Studentenverein an der Hochschule

Dann wartete der Sicherheitsrat noch mit einer Überraschung auf. Schon jetzt wurde die Bildung eines staatlichen Revisorenremiums beschlossen

Seine Aufgabe:

- alle staatlichen Einrichtungen kontrollieren, auch gemeinnützige Vereine und Berufsverbände

Dies klingt in den Ohren vieler Bürger zunächst sehr sinnvoll, wenn man an das verbreitete System von Schmiergeldern, Betrug und Hinterziehungen denkt. Im Augenblick haben die Generäle jedoch mehr Probleme den formalen Rahmen für ihr Vorhaben abzustechen.

Zusammensetzung des Gremiums: 9 Leute, von denen alle 2 Jahre 3 Mitglieder ausgewechselt werden

Bedingungen für Mitgliedschaft: abgeschlossenes Hochschulstudium, 20 Jahre Beschäftigung im öffentlichen Dienst und jünger als 70 Jahre zu sein.

Als letztes sollte noch erwähnt werden, wie die Revisoren zu ihrem Amt kommen. Sie werden durch den Staatspräsidenten bestimmt, d.h. General Kenan Evren wird höchstpersönlich die Mitglieder aussuchen.

Die Generäle kehren also zur "Demokratie" zurück... Sie schaffen Institutionen und Einrichtungen mit demokratischem Anstrich. Die Politiker des Westens haben hier keine andere Alternative als eine möglichst schnelle Rückkehr (1982 anstelle von 1983) zu fordern. Wir können uns dieser Forderung nicht anschließen, weil wir eine andere Vorstellung von Demokratie haben.

Schon an den wenigen von der Junta bisher durchgeführten Maßnahmen für eine politische Neuordnung läßt sich erkennen, daß ihre Demokratisierung im Grunde nur eine Absicherung der Diktatur ist, d.h. selbst wenn die vom Westen gewünschten Wahlen zu einem Parlament und ziviler Regierung stattfinden sollten, so werden die auferlegten Beschränkungen (Parteien-Wahlgesetz) zu einer Institutionalisierung des Faschismus führen. Der internationale Auftrag der Junta geht in diese Richtung, denn in einem vom Ausland abhängigen Land entwickelt sich der Faschismus vom "kolonialen Typ" von oben nach unten.

Dagegen muß sich der Widerstand in Form einer Befreiungsbewegung organisieren. Kampf gegen die Militärjunta aus dem Ausland bedeutet Unterstützung dieser Volksbewegung, die allein in der Lage ist, Selbstbestimmung zu praktizieren und für die Errichtung einer wahren Volksherrschaft zu kämpfen.

Dies heißt jedoch nicht, daß wir uns nicht auch kurzfristig für einen Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten einsetzen. In Solidarität mit unseren verfolgten Freunden in der Heimat sind z.B. die Erleichterungen der Haftbedingungen und das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung (über)lebenswichtig. Wir dürfen bei unserem Einsatz für menschliche Verhältnisse in der Türkei nicht vergessen, daß es als Ziel darum geht, Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen, was nur durch eine radikale Gesellschaftsänderung möglich ist. Dies kommt in der zentralen Losung unserer Organisation zum Ausdruck:

ES GIBT NUR EINEN WEG

REVOLUTION ■

Delegation — Ein Schutzschild für die Junta

FORTSETZUNG

Nach verschiedenen Verhandlungen wurde am 10.12.1981 auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben, daß die Hungerstreikenden diese Kommission nicht akzeptierten.

Diese Kommission war zwischen dem 2. und 7. März in der Türkei. Schon vor der Abreise gab Alois Mertens (CDU, Delegationsvorsitzender) die Richtung dieser Kommission bekannt: "Die Hilfen des Westens an die Türkei sind von großer Bedeutung und können dementsprechend nicht von einer Rückkehr zur Demokratie abhängig gemacht werden." Das Fundament dieser Richtung erklärte er weiter: "Die traditionelle türkisch-deutsche Freundschaft, das gemeinsame Interesse beider Länder an der Frage der Verteidigung, das ökonomisch-solidarische Verhalten der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren gegenüber der Türkei bilden die Grundlage für einen konkreten Dialog." (Milyet, 3.3.81)

In der Türkei erläuterte er nochmals die allgemein bekannte Formel: "Die Türkei und die Bundesrepublik Deutschland sind von den Sowjets bedroht. Die Gefahr ist bei Euch im Norden, bei uns aber im Innern." Die Spitzfindigkeit geht noch weiter: "Die Türkei wird heute weder diktatorisch noch demokratisch regiert. Die heutige Regierungsmform in der Türkei entspricht im lateinischen dem 'Regime sui generis'." (Cumhuriyet, 5.3.81)

Die Folterer nach ihrer Unschuld fragen

Während sich die Delegation in der Türkei aufhielt, hatte sie keineswegs ein Interesse, den Menschenrechtsverletzungen nachzugehen. Sie begnügte sich damit, die Militärjunta, die Unterdrückungsmacht, danach zu fragen. Dazu die Erklärung von A. Mertens: "Wir haben die Sorgen des Westens bezüglich der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei mitgeteilt. Uns wurde gesagt, daß die heutige Regierung der Türkei die Artikel der Verfassung und des türkischen Strafgesetzes mit Sorgfalt anwendet. Das heißt, daß die Folter in der Türkei mit absoluter Sicherheit verboten und unter schärfster Strafe gestellt ist. Herr Mertens, der Justizminister teilte uns mit, daß jeder Vorwurf jeder Beweis, sorgfältig überprüft wird."

Diese Äußerungen sind identisch mit den Äußerungen der Junta, die sie ein paar Tage nach der Abreise der Delegation in Ankara abgegeben hatte. Selbst in der westdeutschen Presse war nach dem Putsch veröffentlicht worden, daß die Junta die Verfassung außer Kraft gesetzt hatte. Aber die Delegation meint, sie sei in Kraft. Oder hat man bisher in der Geschichte beobachtet können, daß jemals eine Militärdiktatur die Folter und andere brutale Menschenrechtsverletzungen zugeben hat? Hat Pinochet ein einziges Mal zugegeben: "Ja, es gibt Folter bei uns hier in Chile?"

Carsten Voigt (SPD) Mitglied der Delegation, vertritt die gleiche Meinung: "Wir teilen die (Folter) vorwürfe nicht. Wir glauben, daß weder die Regierung noch die Kriegsverbrecherkommandanten dulden werden, daß die Beschuldigten gefoltert werden sollen." (Cumhuriyet, 5.3.81)

Mit wem hat die Delegation gesprochen?

Die Delegation: "Auf unserer Reise in die Türkei besuchten wir EYREN (Juntachef), ÖZTORUN (Vizejuntachef) AZAL (Vizeministerpräsident) BAYÜLKEN (Minister) ECEYIT, DEMIREL, SİDE (Minister für soziale Sicherheit, Generalsekretär von

Türk-İs) BAYAR (ehem. 1960 gepschüster, erzkonservativer Staatspräsident) ERKMEK (ehem. Außenminister unter Demirel, Professor GÖK, ALI KOCAMAN (einfaches DISK-Mitglied). Das läßt darauf schließen, daß die Türkei zur Demokratie zurückkehren wird."

"Wir gingen in die Teestuben und unterhielten uns mit den Menschen aus dem Volk. Wir sprachen auch mit Taxifahrern und Rechtsanwälten. Wir sind zu der Meinung gelangt, daß Zufriedenheit im Volk herrscht." (Hürriyet, 11.3.81)

Die politischen Gefangenen und Gefolterten sitzen immer noch in den Gefängnissen. Sie sind Mitglieder der politischen Gruppen, Gewerkschaftler der DISK, Mitglieder des Lehrerverbands TÖB-DEK, Professoren verschiedener Universitäten.



Mit keinem der Inhaftierten wurde gesprochen, aber ein Meinungsbild abgegeben. Die Tatsache zeigt deutlich, daß die Bundestagsdelegation nicht in die Gefängnisse konnte und nicht wollte.

Aber die juntafreundliche und auflagenstärkste Zeitung Hürriyet durfte in das Militärgefängnis Mamak. Nach dieser Zeitung erkennt kein einziger von 3.500 Gefangenen die ihnen unterstellten Tatvorwürfe an. (8.4.81)

Welche Informationen hat die Delegation von der Junta bekommen?

Die Delegation hat bei ihrer Rückkehr die Zahl der Gefangenen mit 22.000 angegeben. Am 12. März erklärte die Junta offiziell, daß sie 45.000 Menschen festgenommen habe. 68 Foltervorwürfe werden angeblich von der Junta untersucht, jedoch in der Öffentlichkeit konnte man nur einmal den Fall İlhan Erdost verfolgen. Von den übrigen, zugegebenen 13 Fällen hört man zur Zeit überhaupt nichts. 14 Vorwürfe haben sich angeblich als unbegründet erwiesen, 40 sind nicht abgeschlossen. Diese 68 Fälle sind jedoch nur die Spitze eines Eisberges, die eigentliche Zahl ist ein vielfaches hiervon.

Die Delegation in der Hetzkampagne gegen die oppositionellen Kräfte

Als in der bundesdeutschen Presse und Öffentlichkeit der Streit um den Begriff der systematischen oder nicht-systematischen Folter von der Delegation geführt wurde, war die türkische Presse offen zielbewußter. Mit fetten Buchstaben meldete die Hürriyet unter dem Titel: "Die deutschen Parlamentarier haben die Feinde der Türkei widerlegt" und "Die Foltervorwürfe sind erfunden". Mit ähnlichen Argumenten, angelehnt an die Äußerungen der Delegation, wurde die Hetzkampagne gegen die oppositionellen Kräfte geführt, um diese einzuschüchtern und zu widerlegen.

Sehr erfreut über die Ergebnisse der deutschen Delegation, wertete die Junta über den Beschluss des Europarates, der Türkei eine zweimonatige Frist zu setzen, um konkrete 'Demokratisierung' erkennen zu lassen: "Die Äußerungen der deutschen Delegation bei ihrer Rückkehr zeigen deutlich, daß die Delegationen (aus Europa) mit positiven Eindrücken zurückkehren werden."

Noch mehr: Propaganda für die Junta

Gegen die offene Parteinahme der Delegation für die Junta während und nach der Reise erhoben sich Proteste von verschiedenen demokratischen Kräften. Amnesty international hat auch durch eine Presseerklärung den Äußerungen der Delegation widersprochen.

In einem Brief an Amnesty International hat die Delegation nochmals ihre Meinung, 'Es gibt in der Türkei keine Folter' bekräftigt (Hürriyet, 21.3.1981)

Damit ist diese Haltung der Delegation nicht mehr zu entschuldigen, daß sie falsch informiert sei oder nicht in Gefängnisse durfte. Die offene Legitimation der Junta hat

So auch eine schweizerische Delegation unter der Führung von Müller, der sich eindeutig für den Verbleib der Türkei im Europarat für mindestens ein Jahr aussprach. Als Mitglied in diesem Gremium ist er sehr zuversichtlich, daß sich auch die anderen Mitglieder so entscheiden werden.

Aufschlußreich sind auch Müllers Worte in Bezug auf die Menschenrechte: 'In allen Ländern der Welt, die Schweiz eingeschlossen, neigt die Polizei manchmal dazu, Gewalt anzuwenden. Es gab in der Türkei vorher schon Folter, aber die Kraft dieser Regierung reicht, um dem Einhalt zu gebieten. Die einzige Militärregierung, die sich entschieden für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt, ist in der Türkei.' (Millyet, 19.04.81)

Es kann vorkommen, daß die Türkeihilfe für diese Militärjunta an bestimmte Forderungen geknüpft wird, wie z.B. die Reduzierung der 90 Tage Frist für die vorläufige Festnahme. Denn sowohl der Delegation, als auch Teilen der SPD und FDP ist die tatsächliche Vorgehensweise der Junta bekannt. Die westlichen Kräfte vor allem die Bundesregierung, sind beruhigt, daß die Befreiungsbewegung in der Türkei erst einmal niedergeschlagen und unterdrückt ist. Jetzt wird der Versuch gestartet, die langfristige Entwicklung in der Türkei auf Bahnen der 'Stabilisierung' des Systems zu lenken. Aus diesem Grund können solche oder ähnliche gestellte Bedingungen an die Türkeihilfe nicht überraschend sein.

STOPPT DIE MILITÄRHILFE AN DIESE MILITÄRJUNTA!

Liberalismus oder Etatismus?

Eine unmittelbare Folge des "Stabilisierungs"-Programms vom 24.01.1980 war der Produktionsrückgang in allen wesentlichen Industriezweigen. Es stellte sich aber bald heraus, daß allein mit Produktionsrossen nicht viel getan war und die Produktion zunächst im Bausektor ganz eingestellt werden mußte. Um dem gleichen Schicksal zu entgehen, versuchte die Automobilindustrie, durch Preisenkungen ihre Halben zu leeren. Da sich aber selbst zu reduzierten Preisen keine Kunden fanden, mußte auch die Automobilindustrie ihre Produktion einstellen. Dies war insofern schmerzlich, weil es schon vor dem Produktionsstopp geheißen hatte, daß ein weiteres Jahr wie 1980 das Ende der Automobilindustrie bedeuten würde, und dies unübersehbare Folgen für alle Zulieferindustrien hätte. Die Produktionskapazität war nämlich von 68 % im Jahr 1976 auf 29 % im Jahr 1980 zurückgegangen.

Bau- und Autoindustrie stehen aber nicht alleine da. Was von ihnen gilt, dürfte in Zukunft wohl auch von der Metallwarenindustrie gelten. Auch sie muß die Werkstore schließen, sobald die Lagerkapazitäten ausgelastet sind. Allein die Textilindustrie hat es etwas günstiger, weil sie z.T. für den Export produziert. Trotzdem ist aber auch hier eine Stockung des Großhandels zu verspüren und kein Ende der Krise abzusehen.

Angesichts dieser katastrophalen Entwicklung sah sich die Regierung gezwungen, die Zinshöhe bei Ratenzahlungen freizugeben, damit die Konsumgüterindustrie ihre Lagerbestände leichter loswerden kann. Darüber hinaus will sie demnächst zunächst für die Bauindustrie ein Stützungsprogramm verabschieden, um die aller dicksten Konzerne vor dem sicheren Ruin zu bewahren.

Alarmiert durch dieses Regierungsvorhaben betonte Necati Güllü, Ex-Vorsitzender des Bauunternehmerverbandes, die Notwendigkeit der Staatshilfe und meinte, die Wiederbelebung der Wirtschaft könne nur vom Bausektor ausgehen. Er erklärte allerdings im weiteren: "Nur wenn der Staat die 40.000 kleineren und mittelgroßen Bauunternehmer mit einer Kapitalstärke von 200 Milliarden Lira in das Stützungsprogramm einbezieht, kann diese Politik zum Erfolg führen."

Bemerkenswert an dieser Erklärung ist, daß die Kapitalisten zum ersten Mal in der jüngsten Geschichte der Türkei offen für den 'Etatismus' eintreten, d.h. nach Staats-

hilfe verlangen. Sonst waren sie immer für den Liberalismus und überhaupt in einem Feldzug des Liberalismus gegen den Etatismus an die Macht. Nicht genug damit, daß sie seither die Staatsbetriebe sowohl den Preisen als auch den ausgebildeten Fachkräften nach 'schöpften' und dadurch ihre defizitäre Bewirtschaftung verschuldeten, nutzten sie die ökonomische Betätigung des Staates auch ideologisch aus und meinten immer: Schuld an unserer Unterentwicklung sind der Etatismus und die Lohnforderungen der Arbeiter.

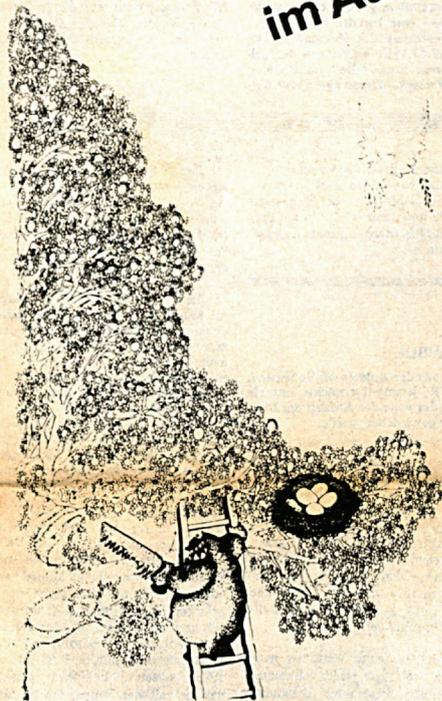
Nun haben sie es, was sie jahrzehntlang verlangten - den Friedmann'schen Superliberalismus. Da weiterhin Streik-Koalitionen und Tarifrecht verboten sind, dürfte man erwarten, daß die heutige Situation der Idealzustand ist, von dem die türkischen Kapitalisten immer geträumt haben. Daß dem aber nicht so ist, zeigen ihre jüngsten Erklärungen. Sie haben nämlich "unter Schmerzen" begriffen, daß Liberalismus den Tod der kleineren Unternehmer zur Folge hat und "Gesund-schrumpfung" in der Praxis bedeutet, daß die großen Fische die kleineren fressen. Das ist der eigentliche Grund, warum sie heute nach der helfenden Hand des Staates verlangen.

Die Regierung hingegen hat ihnen vorläufig nur den Vorschlag gemacht, daß sie exportorientiert produzieren sollen. Yıldırım Alptürk, Sekretär des staatlichen Planungsamtes, erklärte dies so: "Die Unternehmer müssen bei ihren Plänen unbedingt davon ausgehen, daß der einzige Ausweg im Export liegt." Er wußte auch gleich von ersten Erfolgen dieser Politik zu berichten: So wurde z.B. für 10-15 Millionen Dollar Wäscheklammern und für 15 Millionen Gürtel nach Libyen exportiert!

Die Zukunft wird zeigen, daß die türkische Montageindustrie auf dem Weltmarkt nur Wäscheklammern verkaufen kann und völlig unfähig ist, den Export zu steigern. Tritt dieser Zeitpunkt ein, so wird es für die Kleinkapitalisten schon zu spät sein. Sie werden zerquetscht werden, und der Staat wird eingreifen müssen, um die kapitalstärksten Konzerne vor dem Untergang zu bewahren, so wie dies heute im Bausektor bereits geschieht. Alle Welt wird dann erkennen, daß der Friedmann'sche Monetarismus eigentlich nicht der Superliberalismus ist, für den er sich hält, sondern ein Superetatismus im Dienste der Großkonzerne.

HETZKAMPAGNE

— gegen Oppositionelle im Ausland



Am 17.04.1981 schreibt Tahsin ÖZTIN in der Hürriyet

AUCH DIE DEUTSCHEN GERINGSCHÄTZIG

Nach diesem Titel geht der Artikel dann in polemischer Weise auf die vermeintliche Überlegenheit der Europäer ein, die sich erdreisten der Militärdiktatur eine 2-Monatsfrist zu setzen, wo doch "Pascha" Evren Tag und Nacht arbeitet und schon soviel gegen Heroin- und Maschischschmuggel gemacht hat. Nachdem Herr Öztin einen Schlag gegen die "demokratischen" Verhältnisse vor dem 12. September geführt hat, geht er auf einen Fall von Ausländerdefendiertheit in NRW ein, den er mit den Worten abschließt.

"Unser langjähriger Freund, Unser Waffenbruder vom ersten Weltkrieg her. Wenn's schlecht geht, Freund, wenn's gut geht, geringschätzig."

Ha, und dann gibt's da noch ein Wort "Wirtschaftskrise". Das reicht für Hans. Genau die Zeit für Geringschätzung. Und er verhält sich geringschätzig. Unser europäischer Waffenbruder, langjähriger, ewiger Freund! Leider ist das heutzutage nur Geschwätz."

Wie man wohl einen solchen Leitartikel bezeichnen sollte?

'ARMENISCHER TERROR' — ÖL IM FEUER DER HETZKAMPAGNE

Seit 1975 sind mehrere Angehörige von türkischen Botschaften in verschiedenen Ländern Europas und Australiens Anschlägen von unbekannten Attentätern zum Opfer gefallen. Als Täter haben sich jedes Mal armenische "Terroristen" gemeldet, aber keiner der Mörder von den 17 Diplomaten konnte bisher gefaßt werden.

Die während des Hungerstreiks eingeleitete Kampagne gegen Oppositionelle im Ausland zeigte in der Anfangszeit kaum Wirkung unter den "Gastarbeitern". Lediglich einige "Grauen Wölfe" waren zu mobilisieren. Kurz vor der großen Demonstration in Frankfurt am 14.03.81 wurden in Paris zwei Angehörige der türkischen Botschaft ermordet. Einer von ihnen war der Religionsbeauftragte. In der Folge kam es zu mehreren Demonstrationen gegen den "armenischen Terror". Nachdem sie zunächst in Frankreich, Holland und Belgien durchgeführt worden waren, ging man auch daran, sie in der Bundesrepublik zu organisieren, allerdings erreichten die Demonstrationen in der Regel keine große Beteiligung.

Laut Agenturmeldungen haben die armenischen Terroristen eine Pressekonferenz in Beirut abgehalten, auf der sie die Verantwortung für die Attentate übernommen haben. Dies

nahm die Junta zum Anlaß, um in einer breiten Kampagne gegen alle kritischen Kräfte vorzugehen. Juntachef Evren persönlich schaltete sich mit einer Rede ein, in der er gegen die armenischen "Terroristen" wettete und von gleichen Zielen dieser Kräfte und von türkischen "Terroristen" sprach.

Knapp einen Monat darauf wurde in Kopenhagen ein weiterer Botschaftsangehöriger umgebracht. Nach diesem Attentat konnten seitens der Junta noch mehr Kräfte aktiviert werden. Die daraufhin organisierten Veranstaltungen wurden vor allem von Konsulatspersonal und "Grauen Wölfen" vorbereitet (so in Berlin und Dortmund).

Für uns sind die Fälle ganz klar. Hinter den sogenannten armenischen Terroristen steckt die Junta und CIA. Man läßt Botschaftsangehörige ermorden, um die "Gastarbeiter in Europa für die Sache der Heimat, d.h. die Junta zu mobilisieren, eine türkische Lobby zu schaffen.

Durch diese Morde sollen die "Grauen Wölfe" wieder aktiviert werden, die dann die Oppositionellen im Ausland angreifen werden, weil natürlich sie auch nicht die armenischen "Terroristen" finden können, die alle Menschen aus der Türkei so schön im Nationalstolz vereint haben. ■

Vorsicht beim Lesen!

Durch eine technische Panne sind die Nachdem der Hungerstreik über die brutale Vorgehensweise gegen oppositionelle Kräfte eine Öffentlichkeit zum erstenmal herstellen konnte, blieb diese Initiative nicht ohne Reaktion der Junta gegen das Ausland.

Die Juntafreunde (Botschaft, Kölner Konsulat und Grauen Wölfe) haben mit einer Kampagne gegen andersdenkende Kräfte Ende Januar 81 angefangen. Diese Hetzkampagne wurde von auflagenstarken Zeitungen (wie Hürriyet und Tercüman) mitgetragen. Mit fetten Schlagzeilen versuchten insbesondere diese beiden Zeitungen die Landsleute zu mobilisieren.

Die Militäristen trennen die Landsleute in richtige und "falsche" Türken. Mit anderen Worten rechte Türken, die für die Junta stehen, und die Andersdenkenden.

Hetzkampagne gegen den Hungerstreik

Am 5.2.81 meldete Hürriyet unter dem Titel: "Trennen wir die zu uns gehören von denen, die nicht zu uns gehören" weiter hieß es: "Einige radikale Gruppen, die in Europa gegen unser Vaterland gerichtete Aktivitäten entfalten, versuchten unsere Türkei von Europa abzureißen, indem sie aus unseren Reihen herauschlugen."

"Im Jahre Atatürks, da in der Heimat und im Ausland alle Türken mit Stolz und Begeisterung vereint feiern, hat eine „Nationale Aufgabe“, die wir alle tragen müssen, aufgrund der Entwicklung der letzten Tage eine Lebenswichtige Bedeutung bekommen: Trennung von den zu uns Gehörenden und nicht zu uns Gehörenden.

In der kritischen Phase, in der wir uns befinden, haben in Europa einige "bekannte Gruppen" mit politischer Absicht eine heimtückische Propaganda gegen die Türkei intensiviert. Diese Gruppen versuchen, unsere Heimat aus der westlichen Welt zu drängen, von Europa abzureißen, in dem sie "böswillige" Behauptungen in der Weise verbreiten, daß in der Türkei, die dabei ist, sich selbst zu finden, gefoltet werde. Diese Aktivitäten der extremistischen Zirkel beunruhigt die Europatürken in erheblichem Maße. Unsere Landsleute protestieren mit Abscheu gegen die häßlichen Aktivitäten die bis zu einem Überfall auf die Botschaft in Bonn gehen....

Oder in derselben Ausgabe unter dem Titel "reissen wir ihnen die Masken vom Gesicht!" kann man weiter lesen "Hier unsere Parole im Jahre Atatürk "Alle für einen, einer für alle", wir sind Türken, loben uns mit unserem Türkentum und sind voll gemeinsamer Emotionen.

Wir leben in Europa. Geistig sind wir "Westler" und auch entschlossen, so zu bleiben. Unser Glaube in die Demokratie ist ungebrochen. Die Menschenrechte sind in der Teigmasse der Türken aufgegangen. Aber als Türken durchleben wir eine Periode der erneuten "Selbstfindung". Dazu sind wir gezwungen. Wir sind entschlossen, Hand in Hand mit unserer Armee eine glückliche Zukunft existent zu machen. Diese Realitäten unterschreiben wir alle aus tiefstem Herzen. Aber wenn es unter uns drei, vier, "Ungläubige" gibt... Sie müssen wir kennen.

Ihre Masken müssen wir runterreißen!

Hand in Hand miteinander verschlungenen Herzen müssen wir ihnen und der Welt in einer unvergesslichen Weise den Türken klarmachen wir rufen den "unsere": zu AUF ZUR KAMPAGNE!

Schließlich ergreifen am 6.2. die eigentliche Initiatoren das Wort, Hürriyet vom selben Tag noch deutlicher:

"Wir erklären den ideologischen Organisationen in Europa den Krieg" Im weiteren schreibt die Hürriyet: "Der Türkische Botschafter in Bonn erklärte: Wir werden den, von einer "handvoll Verirrten" verursachten, und ihrer Anzahl nicht entsprechenden Krach zum Erliegen bringen"

Die zuständigen Behörden in den Zentralen Europas, teilten mit, daß die namentliche Feststellung und die Verfolgung von Militanten, beschleunigt werden..

Zitate nicht deutlich gekennzeichnet

Darüber hinaus werden Kontakte zur Auslieferung der nach Europa geflüchteten "Anarchisten" weiterentwickelt. Das Türkische Außenministerium teilte den Regierungen der betroffenen Länder die Namen von "Terroristen" mit und erinnerte sie an das UNO-Abkommen und die darin enthaltene "gemeinsame Stellungnahme gegenüber Terrorfällen". Es wurde mitgeteilt, daß dieses Abkommen eingehalten werde."

Nachdem die Leser solchermaßen aufgehetzt waren, bekamen sie in deutsch und türkisch verfaßte Musterbriefe (zum Ausscheiden) vorgelegt, die sie dann an acht verschiedene Adressen schicken sollten, um die Verfolgung der Oppositionellen zu forcieren. Am 16.2. die Schlagzeile in Hürriyet: "Es lebe Ankara, während die türkische Lobby gestärkt wird, werden die, die nicht von uns sind zermalmt werden"

Am 7.2.1981 wieder in Hürriyet, diesmal an ihre Leser:

Wer waren die, „die nicht zu uns gehören?“ Inzwischen kennen wir sie alle, die die Türkei stets unter dem Extrem „Faschist-Kommunist“ sehen wollen, die im Vaterland die Anarchie schüren wollen und ihre Ausläufer im Ausland. Diejenigen, die versuchen, die westliche Hilfe an die Türkei aus Europa zu drängen und kraftlos zu machen. Diejenigen, die sich erdreisten, die türkische Bevölkerung hinzustellen als sei sie mit unserem Augapfel der Armee unzufrieden. Diejenigen, die im Gewand von „Demokratieaposteln“ den Westen glauben machen wollen, daß es „in der Türkei Unterdrückung gibt“. Diejenigen, die eigentlich aber hinter dem Traum herlaufen, die Demokratie zu erdolchen und ihre eigene Diktatur zu errichten. Das heißt, eine Handvoll Ideologehändler deren Masken endlich gefallen sind.

Hetzkampagne gegen die Demonstration in Frankfurt

Vollkommen aus dem Häuschen gerieten die Juntafreunde, als 12.000 Antifaschisten eine machtvolle Demonstration gegen die Militärdiktatur am 14.3.81 in Frankfurt durchführten. In ihren Berichten und Schlagzeilen sprachen sie davon, daß deutsche den Demonstranten ins Gesicht gespuckt hätten und überhaupt die Protestierenden längst als gehobene Terroristen erkannt seien. Tageszeitung Hürriyet vom 17.3.81 Titel:

TAUSENDMAL SCHLIMMER ALS ARMENISCHE KUGELN (auf der unteren Seitenhälfte "Ende der Terroristen")

Aus dem Artikel "Die Landsleute, die Hürriyet mit einem Hagel von Telefonanrufen überschütteten... sagten " Dieser letzte Verrat von denen, die uns von hinten erdolchen, ist schlimmer als die Kugel, die auf unsere Diplomaten abgeschossen wird."

Tageszeitung Hürriyet vom 19.3.81 Leitartikel: WIR UND FALSCHER TÜRKEN

Und "Sie" marchieren auch... Diejenigen, die durch das Versiegen der Tränen unserer Mutter " beunruhigt sind, die nicht verdauen können, daß unser Land auf helle Tage ausgerichtet wird, und die seit Jahren den türkischen Menschen "Blut" spucken lassen, marschieren unter den "erniedrigenden" Blicken der Ausländer. Nein, das konnten keine Türken sein..."

Blindwütend schlug die Reaktion um sich, nur weil die Rundfunkanstalten des WDR und Hessischen Rundfunks sich nicht an die Zensur durch die Junta hielten.

Reaktionen auf Sendungen der Rundfunkanstalten (wdr, hr, zdf)

(Anti-Demonstrationskampagne) Am gleichen Tag ist in der Hürriyet auch zu lesen:

"Rundfunkanstalten in Köln und Frankfurt unterstützten im Rahmen ihrer türkischen Sendungen diejenigen, die die Türkei spalten wollen. Vor allem Melike Demiralp und Senar Yurdutapan hatten den ganzen Tag über das Mikrophon in der Hand. Auch nach der Demonstration in Zentralen Europas, teilten mit, daß die namentliche Feststellung und die Verfolgung von Militanten, beschleunigt werden..

Fortsetzung nächste Seite

HETZKAMPAGNE

FORTSETZUNG

sie wollten.

Unsere Landsmänner wollen, daß dieses Verhalten der Sender in Köln und Frankfurt, das mit dem von "Unser Radio" Ähnlichkeiten aufweist, beendet wird und unsere zuständigen Behörden in dieser Richtung aktiv werden sollen.

Selbst das ZDF wurde in infamer Weise angegriffen, weil es eine Hetzpassage aus der Rede Evrens durch einen Sprecher hatte zusammenfassen lassen. Hier ein Ausschnitt aus dem Zeitungsartikel:

Tageszeitung Hürriyet vom 29.3.81 Schlagzeile: ZDF zensierte Evrens Rede

Unmut bei 2 Millionen Türken - ZDF wird mit Protestbriefen überschüttet.

Das ZDF, das es als seine Pflicht betrachtete, die türkischen Anarchisten zu schützen, deren Arme und Beine bereits gebrochen sind, verhinderte die Freude, die Aufregung, den Herzschlag, von 2 Millionen Türken.....

Regimekritiker ausgebürgert

Als die ersten Proteste gegen die Militärjunta in Ankara eintrafen, witterten die Generäle dahinter gleich die dunklen Kräfte und "terroristischen" Kreise, die ins Ausland geflohen seien. Die ersten Opfer waren Behice Boran (Vorsitzende der Arbeiterpartei TIP) und Gültekin Gazioglu (Vorsitzender der Lehrer-gewerkschaft TOB-DER). Hier hatte es noch den Anschein, als ob man bestimmte Personen durch die Festsetzung einer einmonatigen Frist zwingen wollte, sich einem Gerichtsverfahren in der Türkei zu unterziehen.

Doch schon, als 5 Künstlern und 34 Gewerkschaftern die Ausbürgerung angedroht wurde, war klar, daß hiermit die gesamte Opposition im Ausland getroffen werden sollte. Gleichzeitig begann eine Sonderkommission in Ankara Listen von gesuchten Personen herauszugeben, die alle ausgebürgert werden sollten, wenn sie sich den Sicherheitsbehörden nicht stellen würden. Die Aufforderung in Haft zu gehen, war immer vom gleichen Text begleitet.

1. "Die unten mit Vor- und Nachnamen aufgeführten Personen, von denen erwiesen ist, daß sie im Rahmen von links- oder rechtsextremistischen Organisationen aktiv waren, viele mit den begangenen blutigen Morden sich am Blut sehr vieler unschuldiger Bürger vergangen haben, die ins Ausland geflüchtet sind, um sich dem Zugriff der Justiz zu entziehen und die in den fremden Ländern, zerstörerischen und spalterische (separatistische) Propaganda gegen das türkische Vaterland und die türkische Nation weiterhin betrieben haben, müssen sich vor den ordentlichen türkischen Gerichten für ihre blutige Aktionen und Morde verantworten.

2. Falls die erwähnten Personen nicht bis zum (17. März 1981 "4"; 19. März 1981 "5" und 22. März 1981 "6") in die Heimat zurückkehren, werden die notwendigen Schritte für einen Entzug der türkischen Staatsbürgerschaft eingeleitet."

Nun folgten in Abständen von 2 Tagen insgesamt 3 Listen mit je 45 Namen, dann noch einmal eine Liste mit 52 Namen und als vorläufiger Abschluß eine Sonderfrist für 13 Leute.

Die Listen waren gut gemischt. Neben 1,2 faschistischen Gewalttättern oder Wirtschaftskriminellen war der Rest aus dem gesamten Spektrum der Linken herausgegriffen. Schließlich wurden insgesamt 250 Menschen vor die Wahl gestellt, sich in Haft und Folter zu begeben oder aber Staatsbürgerschaft und Besitz in der Türkei zu verlieren. Laut Zeitungs-

meldungen (HÜRRIYET, 21.3.81) haben sich inzwischen 21 Personen gestellt; weitere 3 Personen befanden sich gar nicht im Ausland, so daß sie sich gleich für eine Überprüfung bereit erklärten. Sie und ein Ehepaar wurden zwar wieder freigelassen, den anderen aber passierte das Gleiche wie Mustafa Kemal Camkiran, Mitglied der TIKP (Arbeiter und Bauernpartei, Peking-orientiert). Er hatte seine Rückkehr öffentlich angekündigt und gesagt "Wenn die Junta mich festnimmt, weiß man ja, was von ihr zu halten ist". Vom Flughafen aus wurde er gleich in das Militärgefängnis Mamak gebracht und wie alle dort erst einmal ordentlich durchgeprügelt.

Die meisten Demokraten waren jedoch nicht so naiv und sind im Ausland geblieben. Gegen die Bekannteren von ihnen wurde eine gezielte Kampagne eingeleitet, wobei (die Künstler eingeschlossen) hiermit die Regimekritiker im Ausland zum Schweigen gebracht werden sollten. Tageszeitung Hürriyet vom 19.03.81 (Dies ist ein Beispiel für persönliche Angriffe, wie sie auch gegen andere Personen und Institutionen vorge-tragen wurden und werden. Neben der Hürriyet benutzt auch Ter-cüman diese Methode)

"...Ich schaue mir Melika Demirags Bild an. Ich sage mir, stell dir vor "schön", stell dir vor "fabelhaftes Weib", stell dir vor "sexy"! ... aber - nichts davon! Einfach häßlich, das es einen gefühllos macht... Finsteres Gesicht, tote Miene.... Mir tun Cem Karaca, Melika Demirag, ihr Mann Sanar Yurdatan und Sema Poyraz leid. Schaut euch den Namen an. Yurdatan = Heimatabtäter! Der Arme, der sein Wesen verleugnet, schämt sich nicht vor dem Verrat an seinem Nachnamen. Alle vaterlandslos!..."

Man hat zwar erreicht, daß der WDR von der Mitarbeit des Künstler-ehepaars Melike Demirag und Sanar Yurdatan Abstand genommen hat, auf der anderen Seite hat die Solidarität mit den Ausgebürgerten aber den antifaschistischen Kampf gegen die Junta gestärkt. So veranstaltete GEW-Vorsitzender Frister z.B. eine Pressekonferenz mit dem Kollegen G. Gazioglu und bekundete die Verbundenheit der GEW mit dem verbotenen TOB-DER. Es sollte die Pflicht eines jeden Demokraten im Ausland sein, diese oppositionellen Kräfte zu schützen.

LETZTE MELDUNG

Auch die letzten der "Vaterlandsfeinde" sind seit dem 20.04.81 offiziell ausgebürgert. Nachdem in den türkischen Medien in großer Aufmachung über die Beschlagnahme des persönlichen Besitzes von Behice BORAN und Gültekin GAZIOGLU berichtet worden war, verlautete nun im Amtsblatt als Regierungsbeschluss, daß beide eine Fristverlängerung bis zum 18.05.81 bekommen hätten. Da fragt man sich, ob die ganze Ausbürgerungsaktion ein Schuß ins Wasser war.

Auf der anderen Seite erleben die Angriffe auf jegliche Opposition im Ausland neue Blüten. Von der Presse werden jetzt nicht mehr nur die eigenen Landleute angegriffen. In einem gekonnten Rundschlag werden alle Deutschen (und ihre Politiker) angegriffen.

IMPRESSUM

türkei-information
Roscockerstr. 4
2 Hamburg 1

V.i.S.d.P.: Sakir Akhan
Roscockerstr. 4
2 Hamburg 1

Auflage: 10 000
Erscheinungsdatum:

22.4.1981

ACH, KÖNNTE DIE

Politische Verfolgung dokumentiert mit Briefen an Angehörige im Ausland

Nun morden und foltern die Generäle in der Türkei schon länger als ein halbes Jahr und werden - wenn es nach den bundesdeutschen Parlamentariern geht - es auch mindestens noch zwei Jahre tun können. Denn „schon“ 1983, meinen die Mitglieder der Delegation, die Anfang März die Türkei bereiste, wird eine Rückkehr zur Demokratie stattfinden.

Angelich wollte sich die Kommission auch mit der Frage der Menschenrechte auseinandersetzen. Sie sprachen jedoch mit keinem Gefangenen, sondern bewegten sich in den

Amtsstuben der uniformierten Macht. Was sie dort zu hören bekamen, hätte ihnen der türkische Botschafter in Bonn auch erzählen können. In der Bundesrepublik kann jedermann ein besseres Bild über die Verhältnisse in der TR haben, wenn er bereit ist zu lesen.

Briefe, die an Gastarbeiter in der Bundesrepublik geschrieben wurden, sprechen eine beredte Sprache über die Beachtung der Menschenrechte. Am 30.03.1981 wurde von der „alternativen Türkeihilfe“ im Rahmen einer Pressekonferenz eine ganze Rei-

he dieser Briefe veröffentlicht. Wir haben einige davon übernommen und durch eigene ergänzt, um auch den Lesern der „türkei-information“ diese Dokumente zugänglich zu machen.

Hier zunächst eine Landkarte, auf der die Orte, aus denen die Briefe stammen, vermerkt sind:

Wir haben jeweils nur die größeren Orte aufgeführt, obwohl viele „Aktionen“ in den Dörfern durchgeführt wurden.

IZMIR

Dies sind die Erzählungen eines Arbeiters, der von seinen 3 Monaten Urlaub nur 1 Monat in der Heimat zubrachte und dann wieder in die Bundesrepublik (nach eigener Aussage) geflohen ist.

ISTANBUL

Auch aus der anderen Millionenstadt der TR, Istanbul erreichte uns ein Brief, der nach der Abfahrt der Delegation geschrieben wurde.

Diese Tage sind wie das Wandern über ein mit Minen übersätes Feld. An welcher Stelle du auf eine Mine treten wirst, ist unklar. Wenn die Menschen hier wüßten, welcher Unsicherheit, welcher Gefahr sie gegenüberstehen, wären sie nicht so tolerant. Wen es trifft, der lebt wirklich in einer Hölle (das können sich Eure 5 Parlamentarier hinter das Ohr schreiben).

Der Besitzer einer Werkstatt wurde in den zwei Tagen seiner vollkommen grundlosen Festnahme gezwungen, mit den Fingern gegen die Wand auf den Zehnpitzen zu stehen. Immer wenn er die Ferse aufsetzen wollte, bekam er Tritte. Als er sagte, daß er am Herzen operiert sei, wurde ihm befohlen, seine Brust freizumachen. Im gleichen Augenblick stieß er einer mit dem Kopf genau auf die Operations-tische. Dies ist einem ganz 'normalen' Bürger passiert. Natürlich läßt sich so etwas nicht vergessen....

ANKARA

In der Hauptstadt wird die politische Verfolgung besonders professionell betrieben, weil hier in der Metropole die Opposition auch besonders gut organisiert ist.

... Nach unseren Nachrichten, patrouillieren hier Soldaten Tag und Nacht. Wo früher Volkshäuser, fortschrittliche Vereine, oder aber Handwerkerhäuser, Genossenschaftsorte waren, sind jetzt Militärstationen eingerichtet worden. Im Gebiet von Sentepe wurde eine Familie als Sympathisant von DEV-YOL von Polizeizeitern mit verbundenen Augen abgeführt. Die Verwandten sagen, daß sie nichts über das Schicksal dieser Angehörigen wissen und um das Leben ihrer Verwandten besorgt sind. Eine andere interessante Tatsache ist, daß dieses durch die Verhaftung geleerte Haus nun zu einer Polizeistation, einem mobilen Stützpunkt für die Soldaten geworden ist. Es wird gesagt, daß Kinder von 10 Jahren bis Personen von

50 Jahren sich nicht auf die Straße wagen können, daß jeder, der eine Waffe halten kann, festgenommen wurde und das Militär die restliche Bevölkerung zusammenholt, um sie Parolen wie 'Die Türkei gehört den Türken' rufen zu lassen....

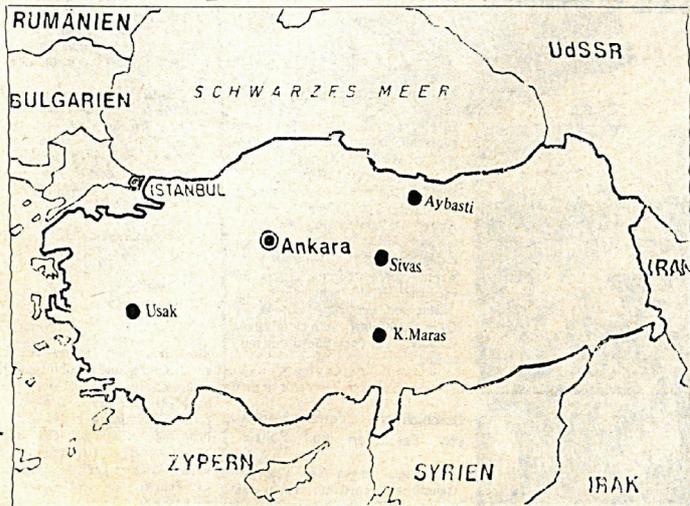
In diesem Gebiet (Stadtteil Ertugrul Karakaya) wurde ein fortschrittlicher Jugendlicher in seiner Hochzeitsnacht zur Polizeistation Yenimahalle gebracht. Dort wurde er so gefoltert, daß er erst nach zwei Tagen zu sich kam. Das Bein auf der einen Seite ist gelähmt. Es wird mitgeteilt, daß er danach auch seinen Verstand und das Erinnerungsvermögen verloren hat. Die Angehörigen berichteten, daß er seine Familie nicht kennt und nicht weiß, was er sagt. Ein Demokrat, der zuvor den Beruf eines Wächters ausübte, wurde vor drei Monaten (November) abgeführt und sein Verstand in gleicher Weise durch die Folterungen von einem Monat zerstört. Wie wir von den Angehörigen erfahren, haben die Folterten den Wächter mit einem an der Decke aufgehängten Seil bedroht, ihn aufzuhängen und ihm später Stromstöße versetzt. Es wird gesagt, daß sie mit der Suppe, die sie täglich in kleinen Portionen verteilen, durch Hinzufügen einer Handvoll Salz den Boden wässern. Später kommt ein anderes Polizeiteam zum Hause des Wächters, um die Frau und die Mutter des Wächters zu holen. Sie treffen die schon im fortgeschrittenen Alter befindliche Mutter des Wächters und seine schwangere Frau an. Die Mutter des Wächters ruft nach den Schlägen der Juntakräfte auf die schwangere Frau aus: "Laßt sie. Schlagt mich." Aber das stört sie nicht. Mit schweren Kolbenstößen verliert die Frau das Kind und muß einen Monat im Krankenhaus liegen. Bei dieser Gelegenheit soll ein Offizier gesagt haben: "Wir haben die Geburt eines Kommunisten verhindert."

AYBASTI

Ein sehr kurzes Schreiben stammt von der Schwarzmeerküste von der Stadt Aybasti. Erzählungen aus dieser Gegend sprechen von wahren Kriegseinsätzen.

Ich möchte euch die folgende gute Nachricht noch mitteilen. Euer Weggang nach dort ist für Euch und für uns die Rettung gewesen. Wenn ihr hier gewesen wärt, wäre das gleiche (Euch auch) passiert. Dein Onkel sitzt. Sie lassen keinen Besuch zu. In Aybasti gibt es keine Lehrer mehr. Wer in die Berge geflüchtet ist, wird zum einen Teil tot, zum anderen Teil lebendig

DELEGATION DOCH LESEN! ...



Aus diesen Orten liegen in der Pressemappe persönliche Briefe, Berichte und Schilderungen vor, die eindeutig auf die politische Verfolgung und Folter hinweisen. Die Zusammenstellung ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Wirklichkeit der Türkei nach dem Putsch und nicht systematisch. Die Berichte sind aber ein eindeutiger Hinweis, daß in der Türkei systematisch gefoltert wird.

gefangen. Die Toten kann keiner zählen. Es waren mehr als 30 Tote im Wald. Sie wurden mit Militärfahrzeugen transportiert. Das sind allein die Gesehenen. Wer sich selbst stellt, ist 90 Tage unter Folter, kein Brot, kein Essen, kein Besuch. Ihr Leben ist unaussprechlich. Kurz, niemand weiß es, was mit ihm passieren wird.

Deine Eltern senden Dir und Deiner Frau eine wichtige Warnung, die die Krankheit dieser Zeit betrifft: Kommt bloß, aber bloß nicht in die Türkei. Es könnte Euch sehr schlecht gehen...

USAK

Auch diese Gegend gehört zu den sogenannten „zivilisierten“ Regionen der Türkei. Wer den nächsten Bericht gelesen hat, kann sich ausmalen, wie es im Osten des Landes zugeht.

Verlauf einer Operation bei Usak

...wenn ihr nach uns fragt, uns geht es nicht gut. Wenn ihr nach dem Grund fragt, wir verhalten uns so, als ob es jeden Augenblick einen Überfall geben würde. Es gab einen Überfall aufs Dorf. Wenn du das gesehen hättest. Sie haben uns alle geschlagen.

Keine Rücksicht auf Kinder oder Frauen. Von sieben bis siebzig, alle. Wir waren zu den Tabakfeldern gegangen. S., Y. und ich und dann noch D. Eines Tages sind wir auch früh weg und direkt in den Überfall hineingekommen. Sie hatten die Straßen von U. und M. von beiden Fahrtrichtungen gesperrt. Während wir noch schliefen, haben sie um 3 Uhr das Dorf umstellt, dann haben sie die Wagen hergebracht. In diesem Augenblick haben wir sie gesehen. Noch hatte keiner eine Ahnung. Dann haben wir Y. nachhause geschickt durch die Felder. Ich und M. kamen über die Straße nach Hause. Sie versperrten uns den Weg. „Wo geht ihr hin? Es ist verboten ins Dorf zu gehen.“ Y. war schon vor uns angekommen. Da schallte es schon über Lautsprecher. Zu dieser Zeit waren alle daran, in die Tabakfelder zu gehen. Einige machten sich auch auf den

Weg. Die kriegten gleich eins ins Gesicht geschlagen. Auch die Mädchen von C. haben sie geschlagen, d.h., jeder, der ihnen in den Weg kam, wurde von ihnen geschlagen. Sie waren zu uns nach Hause gekommen. Da hatten sie mich, S. und so noch nicht ins Dorf gelassen. Meinen Vater fragten sie: „Wieviele Söhne hast du?“ Er sagte: „Zwei.“ „Ja, aber wessen Sohn ist R.“ Dann haben sie Vater mit Schlägen und Tritten traktiert, einen Schlag bekam Mutter und einen meine Tante. Die Tür meines Hauses und so weiter haben sie eingetreten. Dann haben sie N. und T., die sie in Ankara festgenommen hatten, hergebracht in unser Dorf. N. haben sie zu uns gebracht und meine Tante gefragt, ob sie ihn kennt. Sie hat gesagt: „Ich kenne ihn nicht.“ Dann haben sie alle jungen Leute des Dorfes vor der Moschee versammelt, alle von zu Hause geholt, sie in einer Reihe aufgestellt. Sie fragten nach N. und T. „Welchen kennt ihr davon?“ Sie sagten: „Niemanden.“ Dann haben sie A. aus der Familie F. auf den Wagen geladen und ihn zum Flußbett gebracht. Sie haben ihn gefoltert, ihn mit den Füßen an einem Baum aufgekniepft, ihn durch den Mund unter Strom gesetzt. „Wo sind die 14er!“ Sie haben nichts herausgefunden. Daraufhin haben sie ihn wieder hergebracht.

Dann haben sie K. und A. aus der Familie G. mitgenommen und sie aufgehängt. Auch die haben nichts gesagt. Nachdem die Hunde nichts herausbringen konnten, sind sie wieder weggegangen. Wenn du sie gesehen hättest. Bärtig, langhaarig, überhaupt nicht wie ein Polizist, wütende Köter, gedungene Mörder. Selbst zu meinem Vater sagten sie: „Dorfältester, laß mich nicht auf deinen Allah, Glauben oder sonst noch was, anfangen zu fluchen.“ Der Scheißkerl, der wütende Faschist! Wenn ich an diesem Tag eine Waffe um die Hüfte gehabt hätte, hätte ich einen umgelegt, insbesondere als ich N. und T. so sah, mit verbundenen Händen, da hätte ich bald durchgedreht. Hungrig, durstig, sie waren ganz benommen. T. war fast nicht wiederzuerkennen, N. war sowieso auf Diät. Die beiden waren total fertig. Sie wurden von Mördern bewacht. Damit keiner den Mund aufmacht, gibt es die Folterer. Sie sollen unser Dorf einschächtern. ... Trotzdem haben sie keinen von uns mitnehmen

können. Wir sind zwar verprügelt worden. Aber das ist schon das Selbstverständliche. - Nun, meine Schwester, ich habe dir Kopfschmerzen bereitet, wenn du das liest, dann kannst du dir unsere Lage gut vorstellen. ...“

BÜRGERMEISTER

Bürgermeister schreibt seine Haft

... Am 25. September wurden morgens die Straßen und Außenbezirke von Soldaten umstellt. Eine halbe Stunde später begann der Aufruf über die Lautsprecher. Alle sollten sie mit ihren Ausweisen im Vorhof der Moschee, Frauen und Männer, sich versammeln. In der Zwischenzeit waren alle Gräben bis nach G. hin von Zivilpolizisten besetzt worden. Dort haben sie (Ann. es folgen die Namen von drei Personen) gefaßt. Nun ja, alle wurden in dem Hof der Moschee versammelt. Frauen, Kinder und alle anderen wurden mit einem Gerät untersucht. Sie gingen die ganze Reihe durch. Die Männer ordneten sie entsprechend der Ausweise. Diejenigen, die ein wenig verdächtig waren, wurden auf eine Seite gestellt, d.h., 8 - 10 Leute waren verdächtig, weil sie in einer Liste aufgeführt waren, die die Soldaten hatten. Gegen Mittag war diese Aktion beendet. Ein Hauptmann sagte:

„Diese Leute sollen mit mir kommen.“ Da war noch ein Zivilpolizist und sieben Jeeps. Dann sagten sie: „Der alte Bürgermeister soll auch mitkommen.“ Und ich bin zu ihnen gegangen. ... (Ann. es folgen die Namen von 14 Leuten, die auch alle mitgenommen wurden.) In der Haft waren 8 - 10 Leute aus I., aus K. zwei, wo sie Onkel und Sohn festgenommen hatten. Es wurde gesagt, daß sie den Leuten aus G. Unterschlupf gewähren würden. Nachdem wir eine halbe Stunde in U-Haft gesessen hatten, setzten sie uns wieder auf die Wagen, direkt nach U. Dort wurden wir ins direkte Stockwerk des Hauses gebracht, wo wir euch eure neuen Pässe besorgt haben. Sie haben uns alle in eine Reihe gestellt. Wir waren 33 Mann. Sie sagten: „Verbindet ihre Augen.“ Sie haben uns daraufhin allen die Augen verbunden, unsere Namen

aufgeschrieben und gesagt: „Bringt sie in den Raum gegenüber.“ Sie nahmen uns bei der Hand und brachten uns rüber. Sie beugten unsere Köpfe. „Weil ihr euch sonst am Kopf stoßt“, sagten sie, obwohl es eigentlich eine riesige, breite Tür war. Die Augenbinde machten sie so fest, daß keiner sie aufbekam. Einmal habe ich, ohne es merken zu lassen, ein wenig unter der Binde hervorgeschaut und sah in dem Raum etwa noch einmal so viele Leute. Alle Leute hatten die Augen verbunden. Wir saßen auf dem Beton. An jenem Tag hat niemand bis zum Morgen seine Augen öffnen können. Natürlich hatten wir Polizisten, die uns bewachten. Wer immer seine Binde lockerte, bekam Schläge.

Am nächsten Tag gegen Mittag haben sie gefragt, ob jemand Brot will. Wir haben Brot und Weintrauben von unserem Geld kaufen lassen. Besucher wurden nicht vorgelassen. Recht und schlecht haben wir mit unseren Händen und Geschicklichkeit das Brot gegessen. Vorsichtig schauten wir zueinander und lächelten ein wenig. So wurde es an diesem Tage Abend. In dieser Nacht begannen die Schläge um 8 Uhr. Sie holten einen nach dem anderen aus dem Zimmer und schlugen die ganze Nacht. Die Hunde von Polizisten schlugen besonders die Lehrer. Danach haben sie mich gerufen. Ich sollte eine Aussage machen. Angeblich sollte ich Leuten Unterschlupf gewähren.

Eines Tages beim Essen kam ein Kommandant einer Garnison, ein Major, und sagte, die folgenden Personen sollen freigelassen werden. 30 Personen wurden ins Polizeiauto verfrachtet und zum Amtsgericht gebracht. Eine Nacht haben wir in den Zellen des Kellers dort zugebracht. Dann hieß es, daß A., O. und S. dableiben müßten und wir anderen konnten gehen. Dann sind wir wieder zum Dorf zurückgekehrt. Alles in allem habe ich 16 Tage gesessen.

Ja, liebe Freunde, das ist mir alles passiert. In der Zeit, wo ich im Gefängnis war, haben sie euer Haus umstellt und alles am Haus niedergelassen. Sie haben zwei Stunden lang gesucht, 2 Bündel mitgenommen, vier Bücher. Mustafa haben sie drei, viermal mit dem Gewehrkolben geschlagen. ... (Ann. der Rest sind persönliche Notizen)

SIVAS

Fast totgefolterte „Terroristen“ berichten

09.03.1981

„Der Bericht über die folgende Operation erschien nicht in der türkischen Presse, so daß davon ausgegangen werden kann, daß das Leben der erwähnten Personen in Gefahr ist. Der Bericht wurde mündlich übermittelt und dann von Angehörigen in Deutschland aufgeschrieben.“

„In diesem Dorf (bei Sivas) wurden drei Leute von unbekanntem Denunzianten als DEV-YOL Sympathisanten bei den Behörden angezeigt. Als sie eines Abends beim Abendbrot saßen, wurden sie von den Sicherheitskräften der Junta überfallen. Zu ihrer Festnahme waren 150 Soldaten und 12 Polizisten ins Dorf gekommen. Mit diesen Kräften wurde das Haus umstellt. Die drei heldenhaften Freunde lehnten eine kampflöse Aufgabe jedoch ab und lieferten den Sicherheitskräften eine 9 Stunden dauernde Auseinandersetzung. Die Wände des Hauses vollständig durchlöchernd, alle Fensterscheiben zerstört. Mit 5 Nebel- und Tränengasbomben gelang es dann, die Freunde kampfunfähig zu machen. Gleichzeitig hatten sie auch den Schornstein des Hauses eingerissen, so daß das Haus den Leuten (neben den drei Freunden waren auch noch drei Frauen und 3 Kinder im Haus) auf den Kopf zu fallen drohte.

Auch aus Sorge um das Leben dieser Hausbewohner haben sich die Freunde dann ergeben. Nach der Aufgabe wurden auch zwei der Frauen festgenommen, 60.000,- Lira, die für Vorrat bestimmt waren wurden bei der Durchsuchung konfisziert. Unsere Freunde werden beschuldigt, einen Polizisten angeschossen zu haben, der sich selber verletzte, als er nach einem Ausrutscher hinfiel. Unsere Freunde wurden im 1. Kommissariat von Sivas 9 Tage und 9 Nächte gefoltert. Trotzdem haben die Sicherheitskräfte nichts herausbekommen. Zur Zeit sind die Freunde noch in Haft (für Verhöre). Die Frauen wurden wieder freigelassen, nachdem man sie 60 Tage festgehalten hatte.“

Vorfall am: 16.12.1980
Namen der Festgenommenen: Ali Ceylan, Hüseyin Karakus, Cengiz...

FRANKFURT

Eine Handvoll Terroristen oder 12.000 Antifaschisten?

Während und nach den Hungerstreiks gegen die Folter in der Türkei verleumdete die Junta die Faschisten als eine Handvoll Terroristen, die im Ausland ihr Unwesen treiben. Um dieser Verleumdung entgegenzutreten, galt es, unsererseits zu beweisen, daß die Antifaschisten nicht eine Handvoll Leute sind, sondern Zehntausende zählen. Als gerade zu dieser Zeit die alternative "Türkei-Hilfe" einen Aufruf zur zentralen Demonstration gegen die Militärjunta herausgab, war die Gelegenheit geboten, die eigentliche Stärke der Antifaschisten zu demonstrieren.

Im Vorfeld der Demonstration hatte sich jedoch die Debatte über das Demonstrationsrecht beträchtlich verschärft (Brokdorf, Hausbesetzungen). Dies zum Anlaß nehmend versuchte die CDU/CSU Clique in Frankfurt unter der Regie von OB Wallmann die Demo zweimal zu verbieten. Das Gericht hob aber das Verbot wieder auf, mit der Auflage jedoch, die Polizei in den Demonstrationszug einreihen zu lassen. Am Demonstrationstag selbst hielt die Polizei die Busse der Antifaschisten an, um sie am Weiterfahren zu hindern. Darüber hinaus hatten die türkischen Zeitungen nur vom Verbot der Demo, aber nicht von ihrer Wiederzulassung berichtet, um eine massenhafte Beteiligung zu verhindern. Trotz dieser Repressalien fanden sich aber am 14. März 1981 12.000 Antifaschisten am Römerberg in Frankfurt ein. Dem Aufruf der alternativen "Türkei-Hilfe" waren gefolgt: Judos, Jusos, Falken und andere westdeutsche linke Gruppen (KB, GIM, KPD/ML, usw.) so wie HK, Dev-Yol, DHB.

Es war uns von vorne herein klar, daß die Polizei versucht sein würde, die Demonstranten zu provozieren, was sie auch gleich zu Beginn tat. Sie versuchte an der Stelle in den Demonstrationszug einzudringen, wo die Deutschen in Mehrzahl waren. Damit sollten die in letzteren Tagen durch Demonstrationsverbote sensibilisierten Deutschen provoziert werden. Diese Taktik der Polizei konnte aber durch Bildung von kilometerlangen Menschenketten am Demonstrationszug vereitelt werden. Die Ketten waren also nicht da, wie später von der Presse berichtet wurde, um die RAF-Leute vom Demonstrationszug fernzuhalten, sondern um überhaupt die Demonstranten vor "terroristischen Aktionen" der Polizei zu schützen.

Zum Schluß der Demonstration sprachen türkische Künstler, Ex-Joso-Vorsitzende Wichorek-Zeul und der Bundestagsabgeordnete Coppik, der u.a. meinte, daß es auch die Aufgabe der SPD'er sei, die Militärjunta zu verurteilen.

UNTERHAUSEN

Am 21.2.81 fand in Unterhausen bei Reutlingen eine "Kulturveranstaltung" der Faschisten statt. Auf einen Brief der Ausländergruppe der IG-Metall Reutlingen hin, der den faschistischen Charakter der Veranstalter dokumentierte, wollte der Bürgermeister die Genehmigung zunächst zurückziehen. Da jedoch die Faschisten mit Schadensersatzklagen drohten, wurde die Veranstaltung trotz Bedenken nicht verboten.

In aller Eile organisierte die VVN eine Gegenkundgebung. Zu der Kundgebung waren ungefähr 150 türkische und deutsche Antifaschisten erschienen. Nach zwei Reden der Veranstalter wurde die Kundgebung offiziell für beendet erklärt. Aber den meisten Anwesenden war klar, daß man mit Reden fernab vom Geschehen selten etwas gegen Faschisten erreicht hat. Folgerichtig formierte sich ein Demonstrationszug zur Lichtensteinhalle, um gegen die faschistische Veranstaltung zu protestieren. Ungefähr 50 m vor der Eingangstür stoppte die Polizei den Zug. Nachdem eine Stunde lang Protestparolen ausgerufen wurden, ging die Demonstration zu Ende.

BRD aktuell



ULM

700-800 Demonstranten protestierten am 28.2.81 in Ulm gegen eine Veranstaltung des faschistischen Beistandsvereines türkischer Arbeiter. DGB, SPD und die Grünen hatten zusammen mit dem türkischen Arbeiterverein zum Protest gegen die vom Neu-Ulmer OB Biehl genehmigte faschistische Veranstaltung aufgerufen. Verantwortlich für die Protestaktion zeichnete Münsterpfarrer Ludwig, der bereits Anfang des Jahres den bundesweiten Hungerstreik der Demokraten aus der Türkei unterstützt hatte.

Ein Sprecher des faschistischen Beistandsvereines versicherte, daß "wir (zwar) rechtsradikal sind", die Veranstaltungen werden jedoch nur gemacht, um ein eigenes Gebetshaus in der Ulmer Weststadt zu erwerben.

In beiden Städten wurden Gegenkundgebungen organisiert, und zwar der Ablauf der Aktionen war beide Male gleich: Es fanden sich etwa 200 türkische, kurdische und wenige deutsche Antifaschisten ein. An politischen Organisationen beteiligten sich ATIF, Dev-Yol und DHB. Nach der Kundgebung formierten sich Demonstrationszüge zur Stadthalle. Von den ausgerufenen Parolen aufgeschreckt sammelten sich die Faschisten vor dem Eingang. Die Polizei hatte dazwischen eine Sperre gebildet. Nach zehnmütiger Protestaktion zogen die Demonstranten geschlossen wieder ab.

DUISBURG

Im Zuge der Hetzkampagne, die von reaktionären türkischen Zeitungen im Auftrage der Bonner Botschaft gestartet wurde, kam es in Duisburg am 28. Februar 1981 zu einer Auseinandersetzung.

Die Faschisten griffen einige Demokraten aus der Türkei, die vor der Gaststätte "Schwarzer Diamant" standen. Sie versuchten, sie mit Autos zu überfahren. Anschließend kam es zwischen den Faschisten und Antifaschisten zu einer "Massenschlacht", bei der die herbeigerufene Polizei nur den Zuschauer spielte. Sie unterließ es aber nicht, ohne Begründung und ohne Hausdurchsuchungsbefehl die Räume des nahegelegenen türkischen Arbeitervereines zu durchsuchen und auf den Hinweis des Faschisten Celallettin Kocamaz hin den Antifaschisten Dursun Kacmaz in Handschellen abzuführen.

Zur Zeit sitzt Dursun Kacmaz in Untersuchungshaft und ist von der Ausweisung in die Türkei bedroht. Ihm wird vorgeworfen, mit einem Messer und einem Totschläger einen anderen angegriffen zu haben. Diese Anklage stützt sich nur auf die Aussage von türkischen Faschisten, die alle türkischen und deutschen Demokraten zu ihren Feinden erklärt haben.

Der fortschrittliche Arbeiterverein in Duisburg-Bruckhausen protestierte mit einem Flugblatt gegen das Vorgehen der Polizei und forderte die sofortige Freilassung von Dursun Kacmaz aus der Untersuchungshaft. Der scharfe Protest wurde auch von Jungsozialisten, Revier-Redaktion, Arbeiterinitiative und der progressiven Volkseinheit in Duisburg, THDB, unterstützt.

USA WERDEN DER TÜRKEI 15 PHANTOM-JÄGER VERKAUFEN

In einem Bericht des US-Verteidigungsministeriums an den Kongreß wird die Absicht bekundet, der Türkei 15 neue Phantom-Jäger im Werte von 78 Millionen Dollar zu verkaufen. Wenn der Kongreß diesem Antrag stattgibt, wird seit 1976 erstmals wieder eine Lieferung von Kampfflugzeugen vorgenommen. Wegen der unsicheren Lage im Persischen Golf müsse man die Allianz mit der Türkei im Nahen Osten unbedingt aufrechterhalten, erläuterte aus dem US-Außenministerium.

Geschickte Zusammenspiel von Faschisten und Polizei

Nach einer langen Zeit von vermeintlicher Inaktivität waren die in der BRD als "Graue Wölfe" bekannten Kreise langsam wieder aktiv geworden. So hatte der Türkische Kulturverein in Frankfurt am 11.04.81 zu einer Veranstaltung aufgerufen. Sammelplatz war vor dem Vereinslokal.

Dieser Verein ist einschlägig bekannt. Der Minister des Innern in Hessen beantwortete eine diesbezügliche Anfrage im Landtag am 01.02.80 wie folgt:

"Die Türkisch-Föderation ist ein Dachverband von Vereinigungen die von der türkischen 'Partei der Nationalen Bewegung' (MHP) beeinflusst sind und Bezeichnungen wie Kultur oder Idealistenverein führen. Dazu zählt auch der Türkische Kulturverein in Frankfurt am Main und Umgebung e.V."

Gegen diese geplante Veranstaltung hatten sich 300 deutsche, türkische und kurdische Antifaschisten zu einem Protest versammelt. Die Faschisten provozierten durch Hetztiraden und eindeutige Gebärden, so daß die aufgestaute Wut von den Provokateuren sehr schnell zu einer vermeintlichen Auseinandersetzung umgewandelt werden konnte. Zerbrochene Scheiben waren dann Grund genug für einen brutalen Polizeieinsatz, bei dem auch noch nach der Festnahme von 18 Antifaschisten weitergeprügelt wurde.

Ein Festgenommener sagte aus: "Ich wurde mit Fußtritten und Knüppeln nach der Festnahme von 3 Polizisten so oft geschlagen, daß ich erbrach und ständig Schwindelgefühle hatte." In seinem Attest ist von Kopfwunden, Schwellungen, Hämatomen und Schürfwunden die Rede.

Die Aktion war gut geplant. Man schickte zunächst die Besatzung von nur einem Streifenwagen vor, bis die Fotos geschossen waren. Dann wurden die Demonstranten in die Ecke getrieben und mit einem Wasserwerfer bedroht. Der Verlauf der Aktion war natürlich ein gefundenes Fressen für die Medien. Alle rassistischen Vorurteile wurden aufs Neue geschürt.

Schließlich darf die "Abendpost" im Sinne Wallmanns ein fettdrucktes "HINAUS!" brüllen. Eine gute Gelegenheit also, um Ausländerhaß zu praktizieren. Abschiebung von oppositionellen Kräften aus der Türkei. Das ist bekannt. Wie schon im Falle Levent Begin, würden auch diese Antifaschisten in die Folterkeller wandern oder aber einfach nicht mehr aufzufinden sein.

Verhindern wir eine Abschiebung der Antifaschisten!

ANTIFASCHIST IN LEBENSGEFAHR

Soeben erreichte uns die Nachricht, daß ein Freund im Krankenhaus von Hacettepe im Choma liegt. Nach den schweren Folterungen kann er nur noch seinen Vornamen stammeln (Nasuh). Er schwebt in extremer Lebensgefahr.

Nasuh Mitap war zusammen mit anderen Vertreter seiner Organisation am 25.01.81 festgenommen worden. In der Presse hatte man zunächst den Tod von Akin Dirik gemeldet, der aber soweit bislang bekannt ist, unter den Händen der Foltergeneräle noch künstlich ernährt wird. Auch für ihn ist das Schlimmste zu befürchten, da in dieser Vorgehensweise deutlich wird, daß die Junta bei ihren Morden nicht vor den bekannten Namen zurückschreckt.

Tisch bemalt, 32 Monate Haft

Ein Gymnasiast wurde in Izmir zu 2 Jahren und 8 Monaten Haft verurteilt, weil er auf seine Schulbank Parolen gegen den Militärputsch geschrieben hatte. Die Verhandlung war sehr schnell beendet. Neben seiner Haftstrafe, gegen die keine Revision möglich ist, muß der Schüler nah 6.666,- Lira Bußgeld zahlen.

Mindestlohn und Türk-Is

Zum 31.03.81 war eine erneute Festlegung des Mindestlohnes fällig. Obwohl nach den von Türk-Is ausgearbeiteten Grundsätzen für eine fünfköpfige Familie ein Mindestlohn von monatlich 46.000,- türkischen Pfund notwendig ist (das sind umgerechnet 1.000,- DM), begnügte sich die Türk-Is Delegation mit einer Forderung von 15.000,- Lira.

Die Arbeitgeberseite hatte bei ihrer Berechnung den Bedarf einer einzelnen Person zugrunde gelegt und war mit 10.000,- Lira noch unter der Forderung von Türk-Is geblieben. Diese Lohnpolitik ist eindeutig. Man geht davon aus, daß alle Familienmitglieder arbeiten, obwohl 1/3 der Bevölkerung im Kindesalter ist und eine Arbeitslosigkeit von 30 % herrscht. Man überläßt die Arbeiterfamilien somit dem Hungertod.

Um nicht gleich vollkommen das Gesicht zu verlieren, zog sich Türk-Is von den Verhandlungen der Kommission für einige Tage zurück. kam dann aber zurück und akzeptierte einen Mindestlohn von 10.000 Lira monatlich. Für Arbeiter unter 16 Jahren gibt es mindestens 6.690,- Lira, d.h. Kinderarbeit ist nach wie vor ein günstiges Geschäft für die Unternehmer.

Untersuchung gegen MSP abgeschlossen

Das Verfahren gegen Erbakan und 33 Parteifreunde von ihm kann nun eröffnet werden, nachdem die Voruntersuchung abgeschlossen wurde. Die Grundlage des Verfahrens bieten die § 64/1, 163/1 und 163/4 (6mal), die im wesentlichen den Laizismus betreffen. Erbakan soll außerdem noch 5mal nach dem ersten Paragraphen des Versammlungsgesetzes angeklagt werden. Untersucht werden im wesentlichen die Kundgebungen in Konya 1978, Yozgat und Bursa 1979, und Kocaeli, Sivas und Konya 1980. Es heißt, daß die Parolen und getragene Spruchbänder zur Gründung eines islamischen Staates unter dem Scheriat aufgerufen hätten.

Nationale Zeitung unbefristet verboten

Das Sprachrohr der klerikalen Heilsarmee, MSP, wurde jetzt für die drei Provinzen Ankara, Kastamonu und Cankiri mit unbefristeter Dauer verboten. Dieses Verbot, daß sich auf Kriegsgesetz Nr. 2301, § 3-c beruft, ist faktisch aber ein Verbot für ganz Anatolien, da der Vertrieb für den Osten über die Hauptstadt Ankara läuft.

türkei infodienst

"Der Türkei-Infodienst will versuchen, trotz der zensierten mangelhaften Berichte in der türkischen Presse, ein Bild von der Lage in der Türkei wiederzuspiegeln"

ERSCHEINT 14-tägig

Jahresabo: 30,-DM (inkl. Porto)

Türkei-Infodienst
Rostocker str. 4
2000 Hamburg 1

SINDELFINGEN

Am 29.3.81 und 4.4.81 fanden in Sindelfinger bzw. Ebingser Stadthalle "Kulturveranstaltungen" der Faschisten statt. Dabei waren dieselben Künstler angekündigt, wie schon zuvor in Unterhausen, Ulm und Mannheim.

kurz kurz

Ex-Minister als Kurde verhaftet

Der ehemalige Minister für das Bauwesen, Serafettin Elci, wurde am 26.03.81 wegen separatistischer Kurdenpropaganda zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Er wurde aufgrund eines Interviews, das er am 07.03.80 der Zeitschrift YANKI gegenüber gegeben hatte, für schuldig befunden, gegen den Paragraphen 142/3 des türkischen Strafgesetzbuches verstoßen zu haben. Der verhängnisvolle Satz von Elci lautete: "In der Türkei gibt es Kurden und ich bin auch ein Kurde." Im Urteil heißt es:

"Durch das Erwähnen der Existenz einer kurdischen Nation neben der türkischen Nation in der Türkei, wurde gegen das Grundgesetz verstoßen und das Vergehen der Verleumdung begangen. ... Der Beklagte führte aus, die Einheit der Türkei unumschränkt verteidigt zu haben und daß er dagegen sei, daß in der Türkei ein getrennter Staat gegründet, Separatismus betrieben werde. ...

Es wurde festgestellt, daß der Beklagte Propaganda betrieben hat, um die nationalen Gefühle zu besetzen und zu schwächen. ...

Das Urteil gegen Serafettin Elci ist rechtskräftig, da nach der letzten Änderung des Kriegsrechts keine Revision dagegen möglich ist. Elci sitzt seit dem 24.10.80 in Haft.

Folter Ja Berichte dazu Nein

Nachdem der Druck aus dem Ausland unerröcklich geworden war, mußte die Militärgenossenschaft die Existenz von Folterungen in den Polizeistationen und Militärgefängnissen der Türkei zugeben. Sie gab vor, damit nichts zu tun zu haben. Wer von ihr aber wirklich verfolgt wird, zeigen zwei Aktionen.

a) Maulkorb für Ecevit

Obwohl seine Partei derzeit illegal ist, geht für den Ex-Führer der Sozialdemokraten, Ecevit, die politische Arbeit weiter. Dieses Mal hat er sich auf die Herausgabe einer Zeitschrift "Arayis" (=Orientierung) konzentriert. Diese noch sehr junge Publikation wurde jetzt das erste Mal verboten. Grund: Berichterstattung und leichte Kritik an Foltermethoden. Eine Ausgabe der Zeitschrift wurde jetzt in der Türkei eingesamelt.

b) Cumhuriyet ein zweites Mal verboten

Auch die Tageszeitung Cumhuriyet (Vertreter von kemalistischen Prinzipien, sozialkritisch) hat hier und da über Folterungen berichtet. Nachdem jedoch ein Kolumnist sich erdreistete, einen nicht von der Junta autorisierten Folterbericht zu veröffentlichen, wurde die Zeitung für 2 Tage verboten. Das Verbot betraf explizit nur Ankara und Umgebung. Dadurch konnte der Vertrieb in 26 von 67 Provinzen nicht geleistet werden.

Beziehungen Europa - Türkei leicht bewölkt

Nachdem die bundesdeutsche Delegation das Barometer für die Türkei wieder auf ein Hoch hatte klettern lassen, gibt es hier und da doch geringe Anzeichen einer kritischen Haltung. So wurde am 10.04.81 ein Beschluß im Europaparlament gefaßt, daß die Türkei in zwei Monaten zur Demokratie zurückkehren müsse. Bei Nichterhaltung dieser Frist sollen die Beziehungen zur Türkei auf Eis gelegt werden. Dieser Antrag der Sozialisten erreichte eine Mehrheit im Parlament, weil nur 104 von 434 Abgeordneten anwesend waren. So reichte eine Stimmenzahl von 51 für den Antrag.

Ob er jedoch akzeptiert werden wird, ist äußerst fraglich, da er noch vom EG-Ministerrat verabschiedet werden muß. Der Vorsitzende des Europarats, de Coster, ließ bei seiner Türkeireise verlauten, daß solch ein Beschluß das Ansehen des Europaparlamentes schmälern würde. Bei seiner Abreise betonte der Großindustrielle de Coster, daß sein Bericht anders sein werde als der Steinerberichts. Er hoffe, so Steiner, mit seinen positiven Eindrücken auch Einfluß auf die Entscheidungen der politischen Kommission nehmen zu können. Diese trifft sich am 29.04.81 um zum Punkte Türkei eine Vorlage in die Europaratsitzung am 13.05.81 einbringen zu können.

In der Zwischenzeit hat Ankara immer noch nicht die Namen der Delegationsmitglieder genannt, die die Türkei bei der Eröffnung der 33. Sitzungsperiode am 11.05.81 im Europarat vertreten soll. Mit diesem Zögern will man seinem Protest gegen negative Entscheidungen auf europäischer Ebene Ausdruck verleihen. Trotz alledem brauchen wir keine Wetten auf einen Verbleib der Türkei im Europarat anzunehmen. Eine erneute Frist bis September mit der Aufforderung, besonders repressive Maßnahmen abzuschaffen, ist bei der derzeitigen Wetterlage das Optimum einer Kritik aus dem Westen.

Touristenattraktion Ärgernis der Militärs

Kaum waren die ersten Frühlingsstrahlen auf die Moscheen in Istanbul gefallen, da traf einen weiteren Berufsweig der starke Arm der Junta. Die Bärenführer vor der Blauen Moschee wurden hinter Gitter gebracht. Das gleiche geschah im Zoo mit ihren Bären, wo sie jetzt bei ihren Tänzen kaum noch Publikum haben. Ihre ehemaligen Besitzer sind nicht nur arbeitslos, sondern müssen sich auch noch wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses vor dem Gericht verantworten.

Ecevit von der Junta enttäuscht

Noch Anfang März hatten die Äußerungen von Ecevit wesentlich mit zu den positiven Eindrücken der deutschen Delegation beigetragen. Knapp einen Monat darauf wurde nun seine Zeitschrift "Arayis" eingesamelt. Einige wissenschaftlich verbrämte Aussagen zur Folter hatten bei den Herren in Ankara den Eindruck von Kritik entstehen lassen. Dies reichte aber noch nicht als Repression aus. Als Nächstes wurde dem ehemaligen Führer der Sozialdemokraten verboten, das Land zu verlassen. Er war sowohl von der Universität Hamburg für eine Gastprofessur zum Thema "Kemalismus" als auch von Willy Brandt zur Versammlung der 2 Internationalen eingeladen worden.

Jetzt meldete sich Ecevit leicht verschlüsselt zu Wort, ohne jedoch die faschistische Junta anzugreifen. Er kritisierte das Verhalten einiger großen Zeitungen, die schon wieder anfangen, einigen Terroristen ideologischen Schutz zu gewähren. Wörtlich: "Es ist zu spüren, daß man mit den Angriffen und Drohungen gegen mich die Armee aufhetzen und mich einschüchtern will."

Wirtschaft

Prämien und oberste Schiedsstelle

Neben dem Monatslohn, von dem jedoch die Steuern abgehen, waren für türkische Werkkräfte bisher die Prämien von besonderer Bedeutung. Sie sind steuerfrei und werden aus besonderen Anlässen gezahlt (z. B. Feiertage oder für Heizmaterial). Im vergangenen Monat beschloß der "Landeszählhof", der für die Kontrolle des Rechnungswesens zuständig ist, die Prämien in Staatsbetrieben auf maximal zwei Zahlungen zu begrenzen. Obwohl dieses Recht auf Prämien seit 18 Jahren bestand, fiel dem Landeszählhof gerade jetzt ein, diese restriktive Maßnahme gegen die Arbeiter zu treffen. Daraufhin versuchte Junta-Chef Evren sich beliebt zu machen, indem er in einer "großzügigen Geste" die Grenze für Prämien auf 4 Zahlungen erhöhte, und die oberste Schiedsstelle für Lohnfragen (zu Funktion und Aufgaben der obersten Schiedsstelle siehe die vorige Nummer der Türkei-Information) versprach, daß die Lücke durch den Wegfall von Prämien bei den Lohnhöhungen berücksichtigt werde. Es bleibt aber die Tatsache, daß nunmehr in der Türkei eine Obergrenze für Prämienzahlungen besteht und dies liegt auf der Linie der Inflationsbekämpfung durch Kaufkraftminderung, wie sie vom internationalen Währungsfond gefordert wird.

Nach dem Beschluß des Zählhofes hatte es zunächst den Anschein, als würde dadurch die Lohnfestlegung durch die oberste Schiedsstelle, die ohnehin schon drei Monate dauerte, noch weiter verlängert, doch dann ging es bei der Schiedsstelle ziemlich schnell und sie präsentierte eine "Prinzipienentscheidung". Diese "Prinzipienentscheidung" sieht folgendermaßen aus:

a) Denjenigen Beschäftigten, deren Tarifverträge Ende 1979 ausgelaufen waren, wurde für die Jahre 1979 und 1980 ein Lohnzuschlag von 170% Brutto zugebilligt. Doch dazu muß man wissen, daß vergleichbare Verträge, die vor dem Putsch am 12. September abgeschlossen worden waren, einen Lohnzuschlag von 200 bis 450 % aufwiesen.

b) Beschäftigten, deren Tarifverträge 1980 ausgelaufen sind, wurde für das Jahr 1980 ein Lohnzuschlag von 80% zugestanden. Da aber ein Voranschau von 70% per Juntabeschluß schon ausgezahlt worden war, reduzierte sich dieser Zuschlag real auf 10%. Die zugestandenen 70% jedoch, sind keineswegs überall ausbezahlt worden. So wurde z. B. in Adana nur in 14 von 33 Betrieben der Zuschlag ausgezahlt (dies haben die zuständigen Behörden ermittelt). Unter den "Verweigerern" waren auch die Staatsbetriebe "Fleisch- und Fischkombinat" und "Eisenbahngesellschaft". Und selbst dort, wo alles ausbezahlt wird, können insgesamt 80% Zuschlag die Teuerungsraten nicht im mindesten ausgleichen; für Grundnahrungsmittel lag 1980 die Teuerungsraten nämlich bei 200-300%!

c) Für 1981 wird ein effektiver Lohnzuschlag von 40-55% (netto) zugebilligt. (Und das ist genau soviel, wie der IWF im "Standby-Vertrag vom Juli 1980 für zulässig erklärt hatte; - ein Zufall!). Da aber 1981 durch das neue Steuergesetz schon ein Netto-Zuschlag von 35-40% realisiert wurde, bringt diese Lohn-

erhöhung den Arbeitern effektiv nur 5-15%, da die Schiedsstelle die Steuererleichterungen mit der Lohnhöhung verrechnet. Und auch diese 5-15% sind nicht sicher, denn sie werden mit einer etwaigen Erhöhung des Mindestlohnes und ähnlichen Zahlungen verrechnet.

Bei alledem geht die Schiedsstelle davon aus, daß die Junta in ihrem Regierungsprogramm für 1981 eine Inflationsrate von 40% annimmt, was sicher erheblich zu optimistisch geschätzt ist.

d) Weiterhin beschloß die oberste Schiedsstelle, daß sie das neue Gesetz über Prämienzahlungen abwarten werden und über die Mindestzahlungen hinausgehende Prämien dem Brutto-Lohn hinzugefügt werden. So werden die bisher steuerfreien Prämien durch die Hinterzettelung doch noch besteuert. Und diese Bestimmungen gelten auch für den Privatsektor.

Das Ergebnis der "Prinzipienentscheidung" der obersten Schiedsstelle ist eindeutig:

a) Diejenigen, deren Tarifverträge 1979 ausgelaufen sind, sind relativ besser gestellt als diejenigen, deren Verträge 1980 oder gar 1981 ausgelaufen sind. Für die gleiche Arbeit selbst im gleichen Industriezweig wird also ein unterschiedliches Lohnniveau hergestellt.

b) Das unterschiedliche Lohnniveau wird noch krasser durch die einheitlichen prozentualen Lohnzuschläge für alle Industriezweige. Wenn wie in der Türkei schon sei es und je die Löhne ein großes Gefälle haben, dann sind eben bei einem Mindestlohn von 5.400 TL eine Lohnhöhung um 50% gerade 2.700 TL, für einen Lohn von 80.000 TL aber bedeutet die gleiche Lohnhöhung eine Steigerung von 40.000 TL. So wird durch die Prinzipienentscheidung der obersten Schiedsstelle das Lohngefälle noch erhöht und zusätzlich willkürlich aufgespalten nach dem Zeitpunkt des Tarifabschlusses.

Eine solche Politik der Aufspaltung der Lohnhöhen verfolgt nur ein Ziel: Die Aufspaltung der Löhne soll auch zu einer Aufspaltung der Arbeiter führen, damit sollen die Arbeiter untereinander streiten und nicht gemeinsam für mehr Lohn eintreten können. Diese Politik des "Teile und Herrsche" ist eine ständig geübte Taktik der Junta.

Liquidation und Kapitalerweiterung

Im Zuge der "Gesundenschumpfungspolitik" nehmen Liquidationen und Kapitalerweiterungen zu. In den ersten zwei Monaten des Jahres wurden 487 Unternehmen liquidiert, während letztes Jahr im gleichen Zeitraum 246 Liquidationen registriert worden waren. Auf der anderen Seite haben 300 Unternehmen ihr Betriebskapital um 9,449 Milliarden TL erweitert. 1980 waren es 215 Unternehmen mit 7,792 Milliarden TL.

Zigarettenproduktion - Ein leckeres Bissen für die Konzerne

Nachdem der Staat seine Monopolstellung in der Zigarettenproduktion aufgab, bewarben sich 35 Unternehmen um eine Konzession. In Regierungskreisen wird allerdings nicht damit gerechnet, daß kapitalstarke Firmen bei der zur Zeit herrschenden Geld- und Kreditpolitik die für die Zigarettenproduktion benötigten 7 Milliarden TL aufbringen könnten. Sie werden ausscheiden, obwohl sie ihre Konzession haben. Nutznießer werden wieder die Großkonzerne sein.

Gerichter Mindestlohn: 46.000,- Lira

1978 verfaßten einige Fachleute und Wissenschaftler im Auftrag von Türk-Is ein Handbuch über den "Mindestlohn". Darin werden die notwendigen Bedarfsartikel einer Familie mit 3 Kindern festgelegt. Rechnet man den Preis dieser Artikel für das Jahr 1981 zusammen, so kommt man auf einen monatlichen Mindestlohn von 46.000,- Lira Netto. Zur Zeit liegt aber der Mindestlohn bei 5.400 Lira Brutto.

Gewerkschaftsbund Türk-Is im abseits

Ibrahim Dinizier, Vorstandsvorsitzende der Türk-Is kündigte auf einem Treffen des Exekutivkomitees des Asiatischen Freien Gewerkschaftsbundes an, daß Türk-Is die Beziehungen zu den holländischen Gewerkschaften abbrechen werde. Grund: die holländischen Gewerkschaften hatten die Junta kritisiert. Im Sprachgebrauch von Dinizier heißt das: "Sie arbeiten gegen die Türkei und Türk-Is."

Einige Zeit später wurde der Antrag von Türk-Is auf Mitgliedschaft im Europäischen Gewerkschaftsverband abgelehnt, weil Türk-Is nicht die Aufnahmebedingungen erfüllt. Hier darf man wohl vermuten, daß die Erkenntnis, daß Türk-Is keine Gewerkschaft ist, zu der Entscheidung geführt hat.

Staatsbetriebe verlangen die Bekleidungsprämie zurück

Beschäftigte der Staatsbetriebe müssen die Bekleidungsprämien, die sie in den Jahren 1979-80 erhalten haben, wieder zurückzahlen. Wie verlautete, müssen sie den Gesamtbetrag von 30.000,- TL in monatlichen Raten von 1.250,- TL abbezahlen.

Bohrkonzessionen für die Erdölkonzerne

Die Erdölgesellschaft Hufco Turkey Inc. erwarb 8 verschiedene Bohrkonzessionen in Türkisch-Kurdistan. Shell dagegen erhielt zwei Konzessionen in der Region Diyarbakir, obwohl sich die türkische staatliche Erdölgesellschaft TPAO schon früher für diese Konzessionen beworben hatte. Der Minister für Energie und Bodenschätze gab seinen Vorrang dem Konzern Shell.

Jahresurlaub auf 30 Tage begrenzt

Als neues Meisterstück beschloß die Oberste Schiedskommission die Begrenzung des Jahresurlaubs auf 30 Tage. Hierdurch sind etliche Arbeiter gezwungen worden, auf schon erkämpfte Freizeit zu verzichten. Die neue Regelung sieht vor, daß Beschäftigte

zw. 1 und 5 Jahre 12 Tage
zw. 5 und 15 Jahre 18 Tage
über 15 Jahre 24 Tage

Jahresurlaub bekommen. Nur Personen, die vorher schon mehr als 14 (aber weniger als 30) Tage Jahresurlaub hatten, können bis auf weiteres die Vorteile dieser Regelung genießen.



Die Linke aus der Türkei — Die Frage des Bündnisses

Das linke Lager in der Türkei ist, wie allen bekannt, zersplittert. Sowohl wegen politischer Differenzen auf der internationalen Ebene als auch wegen interner Diskussionen formten sich ca. 20 politische Strömungen in der Türkei. In der Zwischenzeit agieren alle diese Gruppen unter den in der BRD und Europa beschäftigten Arbeitern aus der Türkei.

Die Verhältnisse unter diesen Gruppen und ihre Annäherung an politische Fragen sind den westdeutschen Freunden weitgehend unbekannt. Wir werden immer wieder mit der Frage konfrontiert, warum kein Bündnis unter den Linken aus der Türkei bestehe. Wir wollen hier diese Frage nicht grundsätzlich behandeln, an einem Beispiel aber deutlich machen, was bislang die Zusammenarbeit unter den Linken aus der Türkei behindert hat. Vielleicht kommt es im Anschluß daran zu einer breiteren Unterstützerfront der Solidaritätsarbeit als es bisher der Fall gewesen ist.

Grundsätzlich ist zu bemerken, daß alle Organisationen den deutschen Genossen gegenüber ein anderes Verhalten an den Tag legen als sie es ihren Landsleuten gegenüber tun. Alle behaupten von sich, für alle politischen Kräfte offen und bereit zu sein, ein Bündnis mit anderen Organisationen einzugehen. Wie sie sich jedoch in der Praxis gegenüber anderen Organisationen verhalten, das geht aus diesen Äußerungen nicht hervor.

Im antifaschistischen Kampf traten diese Gruppen fast nur in Konkurrenz zueinander auf. Häufig wurde die Abgrenzung gegeneinander stärker betont, als der Kampf gegen die Faschisten. Das gleiche sektiererische Verhalten führen sie nun in der Bundesrepublik fort.

Wir sehen hier einen wesentlichen Fehler in der politischen Arbeit und meinen, daß dieses Verhalten aus zwei Gründen abgelegt werden muß. Erstens kommen der Opposition im Ausland wichtige und andersgelagerte Aufgaben zu als in der Türkei. Allein aus diesem Grunde können es sich die Linken im Ausland nicht leisten, fruchtlose Abgrenzungsdiskussionen fortzuführen. Zweitens war ja diese Zersplitterung mit ein Grund dafür, daß der große Schlag der Militärjunta gegen die Opposition so gut gelingen konnte. Es ist notwendiger denn je, auch in der Türkei diese Gruppenintessen zurückzustellen und eine gemeinsame Politik gegen die Militärjunta zu entwickeln.

In letzter Zeit war von allen Organisationen im Ausland zu hören, daß der Monat Mai in Bezug auf Einflußnahme aus Europa auf die Entwicklung in der Türkei besonders wichtig sei. Deswegen wurden wir als Devrimci Yol von verschiedenen Gruppen aus dem gesamten Spektrum der Linken aus der Türkei angesprochen, um Überlegungen für gemeinsame Aktionen anzustellen.

Daraufhin haben wir alle Organisationen zu einem Treffen nach Frankfurt eingeladen. Das Ergebnis dieses Treffens ist symptomatisch für ein Verständnis der Zusammenarbeit unter den Linken aus der Türkei.

FIDEF

ist nicht gekommen, obwohl wir zwei Schreiben von ihnen bekamen.

HDF

wollte einen Beobachter entsenden. Es war aber keiner da.

Die erschienenen Teilnehmer haben wir unten aufgeführt. Sie waren alle von unserer Initiative begeistert und betonten, daß diese Aktion von großer Bedeutung sei. Von Anfang an machten sie aber darauf aufmerksam, daß ein solches Unterfangen nur schwer realisierbar sei. Wie recht sie mit ihrer Befürchtung hatten, zeigten sie dann durch ihr eigenes Verhalten.

KOMKAR

(eine moskauorientierte Organisation in Türkisch-Kurdistan)

Sie fanden einen Dialog notwendig und bedankten sich für die Einladung. Ihren Optimismus drückten sie mit den Worten aus, daß man von Erfahrungen lernen müsse. Im gleichen Atemzug hieß es aber, daß man mit denjenigen, die KOMKAR als Sozialfaschisten beschimpfen würden, nicht zusammenarbeiten könne (gemeint sind mit dieser Kritik HK und DHB).

DHB

(albanienorientiert)

Auch sie fanden die Einladung zu dem Treffen positiv. Von ihnen wurde definitiv geäußert, daß sie sich als verlängerten Arm ihrer Heimatorganisation auffassen würden und daher das Problem nicht von der Türkei abstrahieren könnten (d.h. keine andere Bündnispolitik machen könnten). Sodann sagten sie, daß sie nicht mit Konterrevolutionären wie PKK und KOMKAR an einem Tisch sitzen würden und verließen die Versammlung daraufhin.

HK

(albanienorientiert)

Sie fanden den Aufruf ebenfalls begrüßenswert. Solch eine Zusammenarbeit hätten sie schon lange gefordert. Dann meinten sie aber, daß eine Zusammenkunft von all diesen Gruppen in eine Sackgasse führen würde und meinten, daß die Anwesenheit von PKK und KOMKAR den wahren Charakter des Treffens ausmachen würde.

PKK

(kurdische Arbeiterpartei)

Sie sagten, daß sie ohne Vorbereitungen bereit sind, mit allen Gruppen, die gegen die Junta kämpfen, zusammenzuarbeiten. Dafür sollten aber auch keine Bedingungen an sie gestellt werden.

DEV-YOL

Obwohl auch wir keine Vorbehalte für eine Zusammenarbeit äußerten, waren wir nicht in der Lage, unsere Vorstellungen für gemeinsame Aktionen vorzutragen, da die Diskussion schon am Anfang durch Grundsatzdebatten abgeblockt wurde.

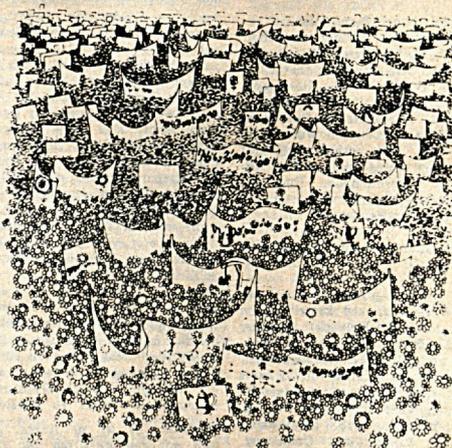
Jede Gruppe für sich war an einer Zusammenarbeit mit uns interessiert. Sie verlangten dafür aber eine eindeutige Stellungnahme unsererseits gegen den jeweiligen politischen Gegner, d.h. eine pauschale Verurteilung der Moskau-, Peking- oder Tiranapolitik.

Wir meinen aber, daß ein Bündnis nicht gegen irgendein Lager des 'realen Sozialismus' aufgebaut werden kann. Der politisch gemeinsame Gegner ist die Militärjunta in der Türkei. Der Kampf gegen die faschistische Gewaltherrschaft muß die Perspektive der Zusammenarbeit sein. So wie es derzeit aussieht, wird es noch einige Zeit dauern, bis sich diese Einsicht durchgesetzt hat.

Diese Feststellungen mögen einige deutsche Freunde erstaunen, denn bei Aktionen unter Führung von deutschen Kräften waren meistens mehrere Organisationen aus der Türkei beteiligt. Wenn sie von deutschen Freunden aufgefordert werden, sind sie praktisch ihrem demokratischen Ansehen es schuldig, teilzunehmen. Deutschen Organisationen gegenüber würde sich niemand trauen, die dummen Argumente vorzubringen, die wir uns in Frankfurt anhören mußten.

Dieses widersprüchliche Verhalten ist begründet in einer Perspektivlosigkeit für einen langfristigen Kampf. Kurzfristige Pläne für die Erweiterung des eigenen Einflusses bestimmen das politische Handeln. Hier treten die Organisationen selbst in der Bundesrepublik noch in eine Konkurrenz ein, die der Militärdiktatur in der Türkei eher nutzt als schadet.

Wir denken, daß wir gegenüber dieser Verantwortungslosigkeit nicht länger schweigen können. Die deutschen Antifaschisten müssen bei ihrer Zusammenarbeit mit linken Organisationen aus der Türkei auch um diese Dinge Bescheid wissen. Vielleicht gelingt es dadurch, das bornierte Verhalten der meisten Gruppen aufzubrechen.



Es ist still geworden in der Türkei. Die einzige auch im Ausland vernehmbare Stimme ist die der eifrigen Militärs über Verhaftungen, Prozesse und Vernichtungen ihrer Feinde. In dieser Situation ist es relativ einfach aus der Distanz (einer Studienreise) heraus, diesen oder jenen Fehler im gesellschaftlichen Widerstand für diesen schweren Schlag gegen die Opposition im Lande verantwortlich zu machen.

Teile der westdeutschen Linken verhalten sich hierbei so wie die Herren in Bonn. Sie geben ihren Kameraden Entwicklungshilfe, spielen sich überheblich als väterlicher Berater auf. Wir jedoch meinen, daß zunächst einmal die Bemühungen und Erfolge der Linken in der Türkei akzeptiert und respektiert werden müssen. Ein endgültiges Urteil läßt sich außerdem nur unter Mitwirkung der Betroffenen fällen, die an diesem Punkt bislang noch keine umfassende Selbstkritik leisten konnten. Soweit sie uns bekannt ist, werden wir sie in diesem Artikel mit vorstellen. Man sollte aber von uns nicht erwarten, schon jetzt mit unumstößlichen Ergebnissen aufzuwarten.

Die Linke war auf dem Wege sich als Befreiungsbewegung zu etablieren

Die sozialistische Alternative in der Türkei hatte sich bis in die 60er Jahre hinein nur in Form von akademischen Zirkeln dargeboten. Die aufkommende Arbeiter- und Studentebewegung wurde mit dem Putsch vom 12. März 1971 niedergeworfen. Wir sprechen hier von einer Niederlage. Obwohl große Teile der kritischen Kräfte im Lande sich nach der Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie an die "Hoffnung" Ecevit hängten, verschaffte sich die revolutionäre Opposition eine immer größere Basis in der Bevölkerung. Die Verschärfung des faschistischen Terrors führte dazu, daß in weiten Teilen des Landes der Widerstand sich in Form einer Befreiungsbewegung darzustellen begann, dem es um eine radikale Gesellschaftsänderung ging.

Hierdurch gewann der Kampf zwar neue Dimensionen; der Durchbruch zu einer vollständigen Volksbefreiungsbewegung gelang jedoch nicht. Die Organisation von Widerstandskomitees führte nur in bestimmten Orten zu einem Erfolg, der diese Opposition als Alternative zum herrschenden System zeigen konnte. Machtvoll demonstrierten und kämpferische Aussagen von revolutionären Vertretern der Berufsverbände zeugten von einer starken Unterstützung. Es gelang aber nicht, diese Tendenzen nach dem Putsch vom 12. September 1980 in ein system(junta)kritisches Potential zu verwandeln. Die Linke hatte es nicht vermocht, sich ein entsprechendes Vertrauen unter der Bevölkerung zu verschaffen.

Durch den "Schutz des Lebens" gewann die Junta das Vertrauen der Bevölkerung

Ein Wunsch war vor dem 12. September in der Gesellschaft der Türkei übermächtig geworden. Man wollte einen wirksamen Schutz gegen den sich von oben nach unten durchsetzenden faschistischen Terror (offiziell als Terror von links und rechts bezeichnet). Der Widerstand dagegen war noch schwach entwickelt, d.h. die einzige Alternative gegen den faschistischen Terror, der selbstorganisierte, aktive Widerstand, mit dem Ziel der Errichtung der Volksherrschaft hatte sich erst in einigen Landstrichen durchgesetzt. Ohne daß aber die Bevölkerung in ihre eigene Kraft glaubte, war es aber auch den Widerstandskämpfern nicht möglich, den Schutz der Bürger so zu organisieren, daß hierdurch ein umfassender Schutz des Lebens gesichert wurde.

Von langer Hand vorbereitet (psychologisch und generalstabsmäßig) sicher ten die Generäle das, was die Linke nur unzureichend hatte schützen können. Sie erreichten das Vertrauen der Bevölkerung, indem sie den Terror auf 1/6 seines früheren Ausmaßes reduzierten und damit als Schützer des Lebens und Besitzes auftraten. Das Militär konnte aufgrund seiner waffenmäßigen Überlegenheit auch auf die zivilen Mordbanden verzich-

RECHTSRADIKALEN

Der Putsch vom 12. September Eine Niederlage für die Linke?

ten und so den Eindruck erwecken, als sei ihr Terror gegen den "Terror von links und rechts" gerichtet.

Ein Teil der "Linken" bereitet die Junta den ideologischen Boden

Diese Propaganda vom Links- und Rechtsextremismus konnte nur verfangen, weil sie jahrelang auch von Teilen der linken Opposition vertreten worden war. Es fällt uns schwer, diese angeblich systemkritischen Kräfte zum linken Lager zu rechnen, denn sie schwächten nicht nur den Widerstand gegen die faschistischen Überfälle: zur Bekämpfung des Terrors haben sie ständig nach dem starken Staat gerufen, der jetzt in Form der Militärdiktatur vorhanden ist. Sie haben jede Form des Widerstands gegen die faschistischen Angriffe abgelehnt und auch einen Widerstandswillen in der Bevölkerung verneint.

Die TIKP (Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei; pekingorientiert) ist deswegen auch verwunderlich, daß sie und ihre Mitglieder einer Verfolgung ausgesetzt sind. Ihre Tageszeitung "Aydinlik" ist verboten und einige ihrer Mitglieder sollen angeklagt werden. Sie überantworten sich bereitwillig den Sicherheitskräften, wenn sie sich stellen sollen und beklagen sich höchstens ein wenig über die Haftbedingungen.

Sie und der Vertreter des anderen großen sozialistischen Lagers die TKP (Kommunistische Partei Türkei; moskauhörig) kommen für eine Opposition gegen die Militärjunta nicht in Frage. Für die letztere war der Faschismus auf einem ständigen Vormarsch (in Gestalt der MHP). Diese Eskalation glaubten sie nur dadurch aufhalten zu können, indem sie es vermieden, die Provokation der Faschisten zu beantworten, d.h. sie forderten eine Entwaffnung des Widerstandes. Mit dem Argument, daß in der Armee auch "linke" Kräfte existieren, die irgendwann einmal die Oberhand gewinnen könnten, kehrt die TKP dem Widerstand gegen den Staatsterror erneut den Rücken.

Solche Kapitulationstendenzen, bzw. eine solche Rechtslastigkeit war auch in anderen Teilen der Linken (angefangen von der Führung der Sozialdemokraten) vertreten. Die Schlagwörter von "aktionistische Linke und Rechte" sowie "Individualterror" dienten nicht der Ablehnung von ganz bestimmten Aktionen, sondern waren die formale Begründung für eine Ablehnung von Gewalt grundsätzlich.

Gewalt ist ein Element der Staatsführung

Mit der Gewaltfrage berühren wir ein in der Bundesrepublik äußerst empfindliches Thema. Wir müssen deswegen zuvor davor warnen, Überzeugungen, die aufgrund der Auseinandersetzung mit westdeutschen Verhältnissen entstanden sind, auf die vollkommen andersartigen Verhältnisse in der Türkei zu übertragen. In der Türkei hat die Gewalt ihre Wurzeln in den staatlichen Institutionen. Man setzt sich mit den Forderungen der Bevölkerung nicht nach demokratischen Prinzipien auseinander sondern entscheidet rein nach den Machtverhältnissen. Friedliche Demonstrationen und offene Meinungsäußerung wurden und werden durch das System auf Brutalität unterdrückt, so daß eine Opposition gar keine andere Wahl hat, als sich mit den gleichen Mitteln dagegen zu wehren.

Ein Beispiel zur Verdeutlichung. In der Bundesrepublik werden Gruppen mit offener Gewaltanwendung sehr skeptisch betrachtet. Solidarität mit bewaffnetem Widerstand hat in der BRD stets den Beigeschmack von Kriminalität. In der Türkei hingegen können bewaffnete Aktionen durchaus Begeisterung in der Öffentlichkeit auslösen. Warum sollte sich ein einfacher Bürger, der bei jedem Erscheinen auf der Bullenstation erst einmal durchgeprügelt wird, nicht freuen, wenn er von der Bombardierung der "Bullenfestung" hört?

Gewalt wurde für einen Teil der Linken zum Selbstzweck

Der Wunsch der Bevölkerung dem täglichen Staatsterror nicht länger unbewaffnet ausgesetzt zu sein, wurde von einigen fraktionen und Gruppen mit dem ausschließlichen Prinzip "bewaffneter Kampf" beantwortet. Militärische Überlegungen waren das Organisationsprinzip. Waffengewalt wurde nicht als Kampfmittel des Widerstandes sondern als Zielperspektive eingesetzt, wobei meistens nicht viel mehr übrig blieb als verbissene Konkurrenz untereinander.

Erfolg wurde in der Größe der Schlagzeilen in der Regenbogenpresse gesehen. Die Nachrichten wurden als eigene Reklame verstanden, was bei dem aufgestauten Haß in der Bevölkerung teilweise sicherlich auch waren. Gewalt als Selbstzweck führte aber dazu, daß auch vollkommen schädliche Handlungen mit dem Argument "revolutionäre Gewalt" gerechtfertigt wurden. So wurden Ladenbesitzer eingeschüchtert, um von ihnen regelmäßig Geld zu bekommen. Sie wurden gezwungen, durch das Schließen ihrer Läden an Protestaktionen teilzunehmen. Gewalt wurde gegen eine Mittelschicht angewandt, die von den Faschisten auf der anderen Seite in ähnlicher Form bedroht wurde. Der Unterschied zu faschistischen Aggressionen war nicht mehr deutlich, so daß diese Aktionen auch zu einer Abneigung in der Bevölkerung führten.

Anstatt sich der Unterstützung durch die Bevölkerung zu versichern, trennte sich diese Bewegung von der Basis. Nachdem die erste einmal verloren waren hatten die Faschisten es auch leichter ihre Angriffe vorzutragen, d.h. solche schädlichen Aktionen dienten letztlich den reaktionären Kräften im Lande. Leider war auch die noch junge (und unerfahrene) Befreiungsbewegung nicht in der Lage, gegen diese Tendenzen ausreichend vorzugehen und die negativen Folgen auf der politischen Bühne zu beseitigen.

Hiermit ist nicht gesagt, daß Gewalt an und für sich kein Kampfmittel sein kann. Es heißt lediglich, daß bewaffnete Aktionen in der Bevölkerung verankert sein müssen, d.h. von ihr als berechtigt angesehen werden können. Für uns begründet sich die Gewalt im aktiven Widerstand gegen die faschistischen Überfälle. Niemand kann erwarten, daß Antifaschisten sich kampftlos abschlagen lassen.

Faschismusdebatte Eine Diskussion wo manchmal die Argumente fehlten

In der Türkei existierte bis vor dem Putsch eine ungeheure Vielfalt von Organisationen, deren Namen kaum jemand alle kennt. Die permanenten Spaltungen waren jedoch weniger an der Frage der Gewalt entstanden (hier war man sich fast durchweg einig), sondern war auf die unterschiedlichen Einschätzungen des Faschismus zurückzuführen. Die eine Gruppe sah den Faschismus auf dem Vormarsch, die andere sah ihn in den Institutionen und wieder eine andere ließ ihre Mitglieder über die Existenz von Faschismus abstimmen.

Die vielfältigen Analysen gingen häufig so weit, daß andere linke Gruppen ebenfalls zu Faschisten hochstilisiert wurden. Sozialfaschisten auf der einen Seite bezeichneten ihre Kritiker im Gegenzug als maoistische Graue Wölfe u.ä. Mit einer solchen Rhetorik hatte man sich schnell andere sozialistische Gruppen als Hauptfeind erkoren und der Kampf dagegen wurde nicht nur mit Argumenten geführt.

Wahrung von Gruppeninteressen stand bei den meisten Fraktionen im Vordergrund. Deshalb wurden Aktionen in der Regel nur auf eigene Initiative unter dem eigenen Namensschild durchgeführt. Diese verbissene Konkurrenz um größere Schlagkraft führte dazu, daß sich die Linke vielmehr mit sich als mit dem Klassenfeind beschäftigte. Aus Neid zu DEV-YOL gingen etliche nur gegen diese Organisation in Opposition. Als DEV-YOL zum Beispiel im Frühjahr 1980 feststellte, daß die Gefahr eines

Putsches bestünde, den man nicht zusätzlich noch provozieren sollte und daß man sich jetzt schon auf eine Militärdiktatur vorbereiten müsse, wurde DEV-YOL als pazifistisch angegriffen. Organisationen, die vorher nicht an einen Tisch gekommen waren, vereinigten sich aus einer reinen Anti-DEV-YOL-Haltung heraus.

Die Niederlage ist noch nicht besiegelt

All die oben aufgeführten Gründe, angefangen von der Demagogie des Individualterrors, über die Bedrohung der Mittelschicht bis hin zu der Zersplitterung der Linken, waren verantwortlich dafür, daß die Bevölkerung nicht genügend Vertrauen in den Widerstand durch die selbstorganisierten Komitees der Linken bekam. So konnte sich die Junta dieses Propagandamittels "Schutz des Lebens" bemächtigen. DEV-YOL (und andere Organisationen im Befreiungskampf) haben sich in der Vergangenheit nicht energisch genug mit diesen sektiererischen Verhaltensweisen auseinandersetzen können. In der nächsten Zeit wird es eine der wesentlichen Aufgaben sein, diese Einflüsse (oder mit anderen Worten Kinderleien) zu bekämpfen.

Die Linke in der Türkei hat zweifellos einen schweren Schlag erlitten. Sie ist aber noch nicht am Boden zerstört, wie es 1971 der Fall war. Dazu war die Bewegung vor dem 12. September einfach zu schwungvoll. Mit den Worten eines Freundes aus der Türkei: "Wir werden immer mehr draußen als drinnen (im Knast) sein." Auf der anderen Seite muß man wohl zugeben daß die politische Führung des Widerstandes gelähmt ist. Die Kräfte in Freiheit gilt es erneut zusammenzufassen. Außerdem ist in weiten Kreisen ein großes Schweigen eingetreten, daß man nicht als Zustimmung sondern stummen Protest interpretieren muß, besonders unter Intellektuellen ist eine solche Artikulationsschwierigkeit festzustellen. Wenn sich diese Stimmen erst einmal lernen zu formulieren, wird es unweigerlich zu einem Aufschwung der Opposition kommen.

Hiermit sind nur einige prinzipielle Gedanken zur Lage der Opposition in der Türkei geäußert worden. Auf eine Selbstkritik der Genossen in der Türkei werden wir bei gegebenem Anlaß zurückkommen. Die Diskussion um Mängel und Schwächen der Linken in der Türkei wird sicherlich auch im Ausland (speziell BRD) weitgehen, denn von fast allen Organisationen in diesem Lande gibt es auch Anhänger im Ausland.

Die Linke der Türkei muss im Ausland unbedingt zusammenarbeiten

Bei vielen Gruppen, die als Anhänger einer bestimmten politischen Richtung im Ausland aktiv geworden sind läßt sich ein banaler Export der heimatischen Politik beobachten. Sie führen ihre Auseinandersetzungen fast nur unter türkisch und kurdisch sprechenden Menschen. Dabei gehen sie mit der gleichen Grundhaltung gegen andere linke Organisationen vor, wie sie es aus der Heimat gewohnt sind.

Insbesondere der Boom von Türkei-Initiativen nach dem Putsch zeigt, daß der Konkurrenzgedanke noch nicht fallen gelassen wurde. Häufig ist der Leitgedanke "Wie können wir die Initiative in der Hand behalten?" und nicht "Wie können wir unserem (gemeinsamen) Ziel ein Stück näher kommen?"

Was schon in der Türkei lebenswichtig war, gilt hier in viel stärkerem Maße. Als Minderheiten drohen die politischen Gruppierungen der Türken und Kurden vollends ins Abseits zu geraten, wenn sie nicht in Richtung auf Gleichberechtigung der Arbeiter und Bekämpfung der Junta zusammenarbeiten. Die Betonung dieser Gemeinsamkeiten sollte es dann auch erleichtern, mit deutschen Gruppen und Personen zusammenzuarbeiten, die diese Forderungen ebenfalls unterstützen. □

TÜRKEI SOLIDARITÄT WAS IST DAS ?

Die Probleme der Türkei und ihrer Menschen sind in der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik nicht neu. Schon vor dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde aus Solidarität mit dem antifaschistischen Kampf in der Türkei und zur Abwehr der faschistischen Angriffe in Westdeutschland eine Arbeit betrieben, die man mit dem Stichwort "Kampf den 'Grauen Wölfen'" bezeichnen kann. Je nach örtlichen Gegebenheiten entfalteten diese Komitees mehr oder weniger ausdauernde Aktivitäten. Spätestens nach dem Putsch war aber klar, daß diese Form von Komiteearbeit allein nicht ausreichen würde, um den Widerstand in der Türkei optimal zu unterstützen.

Die Auseinandersetzungen dort hatten immer schärfere Formen angenommen und der Widerstand gegen den vom Staatsmechanismus ausgehenden Faschismus war im Begriff, sich zu einer Befreiungsbewegung zu formieren, wie man sie ansonsten hauptsächlich aus dem Fernen Osten oder aber Lateinamerika kennt. Es war also an der Zeit, auch in der Bundesrepublik eine Solidaritätsbewegung in Gang zu setzen, die ähnlich wie schon zuvor für andere Länder hier einer bestehenden Volksbewegung ideell und materiell zur Seite stand.

Eine Türkei-Solidaritätsbewegung unterscheidet sich zwangsläufig von anderen Solidaritätsbewegungen

Es gibt verschiedene Gründe, warum in Bezug auf die Türkei sich eine Solidaritätsbewegung nur sehr langsam oder gar nicht entwickelt hat. Hier seien nur die wichtigsten Unterschiede zu anderen Solidaritätsbewegungen genannt. Einmal ist die Abhängigkeit der Türkei vom Ausland wesentlich mit aus dem westdeutschen Lager gesteuert (als Vertreter der NATO und EG). Es sind also viel direkter bestimmte Interessen berührt, als wenn es um die Bananen aus Südafrika geht.

Der zweite, und unserer Meinung nach wichtigere Unterschied liegt aber in der Tatsache, daß aus dem Lande Türkei sich fast 2 Millionen Menschen in der Bundesrepublik aufhalten. Unter ihnen befinden sich auch Vertreter der Befreiungsbewegung, nicht nur als emigrierte Widerstandskämpfer, sondern auch als Arbeiter und Studenten. Das bietet auf der einen Seite die einmalige Gelegenheit nicht nur anhand abstrakter Programme in eine Solidarität einzutreten, sondern direkt mit den Betroffenen zusammen zu arbeiten, von denen man erfahren kann, wie sie selbst für ein Engagement unter ihren Landsleuten werben.

Das verstärkte Auftreten von aktiven Antifaschisten aus dem Lande selber bringt aber auch Probleme mit sich, die man bislang nicht als gelöst betrachten kann. Einmal treffen zwei unterschiedliche Sprachgruppen aufeinander. Dann aber auch zwei unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, die in ihrem sozialen Verhalten vollkommen unterschiedliche Verhaltensweisen zeigen.

Vorurteile gegen Fremdheit werden wach, die häufig zu Ablehnung führen. Während die Genossen aus der Türkei bei ihren deutschen Freunden häufig das Gefühl haben, daß viel Zeit durch endlos langes Strukturieren verтан wird, verstehen die deutschen Genossen nicht, warum sich die Freunde aus der Türkei nicht an einen genauen Zeitplan halten können, usw.

Für eine kontinuierliche Arbeit als "Türkei-Solidarität" ist es aber auch unumgänglich, sich mit den vielzähligen Problemen der "Gast"arbeiter auseinanderzusetzen. Wir wollen uns hier nicht sehr lange damit aufhalten, aber wenigstens auf den Grundsatz verweisen, daß es auch in solchen Kreisen darum gehen muß, für die ausländischen Arbeiter eine Gleichberechtigung zu erwirken, die mit dem Erhalt von Minderheitenrechten verbunden werden muß. Man kann bislang nicht davon sprechen, daß Solidarität mit den Menschen in der Türkei und den Arbeitern hier in organischer Verbindung miteinander verbunden wurde.

Die Arbeit hatte bisher noch einige Mängel

An positiven Ansätzen in der antifaschistischen Arbeit hat es nicht gefehlt. Jedoch haben auch die Komitees gegen die "Grauen Wölfe" keine überdauernden Erfolge auf überregionaler Ebene erreicht. Aus diesem Grunde wurde der Aufbau von "Türkei-Solidarität" Komitees vorgeschlagen, um fortan die Solidarität mit dem Kampf in der Türkei stärker zu betonen. Besonders die unter den Generalstiefeln geknechtete Bevölkerung bedarf einer internationalen Unterstützung mehr denn je. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Probleme der Bundesrepublik in den Grundsätzen dieser Komitees keine Rolle spielen sollten. So wurden denn in einem ersten Grundsatzprogramm als Minimalkonsens festgelegt:

1. Es gilt, das wahre Gesicht der Militärdiktatur aufzudecken und ihren faschistischen (einige waren der Meinung, daß es hier auch diktatorisch heißen könne) Charakter aufzudecken.
2. Der Westen ist mit Finanz- und Militärhilfe mitverantwortlich für die Entwicklung in der Türkei.
3. Verurteilung der Junta und Hilfeleistung jeglicher staatlichen Einflüsse.
4. Die Diktatur in der Türkei wird zu einer Ausweitung und Verschärfung des Bürgerkriegs führen. Demgegenüber wird der Widerstand anwachsen.
5. Das Ziel ist eine demokratische, unabhängige Türkei. Uneingeschränkte Solidarität mit dem Widerstand gegen die Militärdiktatur heißt Herstellung einer Gegenöffentlichkeit und im Materiellen Unterstützung der Alternativen Türkeihilfe.
6. Die Türkei-Solidarität hat sich auch gegen Ausländerfeindlichkeit,

Einschränkung des Asylrechts und ausländische und deutsche Faschisten zu wenden.

In der konkreten Arbeit wurde aber bald klar, daß bei den einzelnen Teilnehmern recht unterschiedliche Interessenschwerpunkte vorhanden waren. So konzentrierten sich die türkischen Mitglieder mehr auf den ersten Punkt, während die deutschen Teilnehmer den ganzen Komplex mehr von der Feststellung in Punkt 2 her betrachteten.

Besonders deutlich zeigte sich das während des Hungerstreiks gegen die Folter in der Türkei. Für die Kollegen aus der Türkei stand das Schicksal ihrer Freunde und Angehörigen in der Heimat im Vordergrund. Sie waren daher für jede Stimme gegen die Menschenrechtsverletzungen dankbar. Auf der anderen Seite argwöhnten die deutschen Genossen, daß die Unterstützung durch bestimmte Kreise (insbesondere SPD-Mitglieder) Abhängigkeiten von rückständigen Kräften heraufbeschwöre. Auch der Hungerstreik habe in erster Linie dazu beizutragen, daß die Bundesregierung mit ihren imperialistischen Machenschaften entlarvt werde.

Schwerpunkte des Programms müssen klarer herausgearbeitet werden

Soll für die Türkei eine starke Solidaritätsbewegung entstehen, so muß sie sich (erneut) über die Schwerpunkte bei der Arbeit klar werden. Mit anderen Worten ist eine möglichst umfassende Beteiligung an der Bewegung sicherzustellen. Aus diesem Grunde darf das Thema Türkei nicht dazu benutzt werden, die verschiedenen politischen Ansätze in der Bundesrepublik untereinander auszuspielen. Ansonsten würde sich eine Diskussion um die Verantwortlichkeit der Sowetunion, China oder irgend einer anderen Weltmacht an den Verhältnissen in der Türkei drehen und das Schicksal der Menschen dort vollkommen aus dem Blickfeld geraten.

Sicherlich soll die internationale Verstrickung der Türkei und die Verantwortlichkeit ausländischer Mächte (insbesondere der BRD) an der Unterdrückung deutlich gemacht werden. Will man jedoch Solidarität mit den Menschen dort in Opposition und Widerstand üben, so muß sich der Kampf in erster Linie gegen die Herrschenden dort wenden. Anders ausgedrückt, ist der Kritikpunkt zunächst die Gewaltherrschaft der 5 Generäle in Ankara und im zweiten Schritt eine Kritik an der Unterstützung aus dem Westen.

Das bedeutet, daß die Bekämpfung der Militärdiktatur im Vordergrund stehen muß. Alles was ihre Herrschaft schwächt, ist daher zu begrüßen. Die Forderung nach Einstellung jeglicher Hilfe ist deshalb unbedingt zu unterstützen, obwohl

einige meinen, daß die Menschen dort dann mehr Not leiden müßten. Aber von den Geldern, die aus den Metropolen in die Türkei fließen, sehen die Menschen nichts. Ihre Not ist die staatlich verordnete Arbeitslosigkeit, galoppierende Inflation und dergleichen mehr. Je eher also die Generäle durch eine wahre Volksherrschaft ersetzt werden, desto besser für die Bevölkerung.

In dem Grundsatzprogramm ergibt sich an einem anderen Punkt ein bislang nicht gelöstes Problem. Die Situation der Arbeiter aus diesem Lande hier muß sich in einem umfassenden Programm deutlicher niederschlagen. Verbal wurde zwar ein Bekenntnis dazu abgelegt (s.Pkt.6) aber in der Praxis ist fast nichts in dieser Richtung unternommen worden. So waren die Komitees z.B. nicht in der Lage, unmittelbare Solidarität mit den vom Militärregime Ausgebürgerten zu üben. Erst recht konnte sich bisher kein weitergehendes Programm zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter in der Komiteearbeit niederschlagen.

Türkeisolidarität ist kein prinzipielles Bündnis

Die Vorstellung, die wir von der "Türkei-Solidarität" haben, ist kein allgemeines Bündnis, das wir mit bestimmten politischen Kräften anstreben würden. Die Arbeit hat ganz konkrete Ziele, wie sie in dem Grundsatzprogramm zum Beispiel vorgeschlagen wurden. Jeder, der sich diesen Forderungen anschließen kann (als Person oder Organisation) ist willkommen. Mit anderen Worten ist hier eine Zusammenarbeit mit Kräften möglich, die an vielen Punkten andere Ansichten vertreten. Dies unterscheidet uns von einer ganzen Reihe politischer Gruppierungen aus der Türkei. Je nach ihrer eigenen Weltanschauung suchen sie sich hier eine Bruderorganisation, mit der sie dann all ihre politischen Aktivitäten bestreiten. Eine solche 'Vermählung' streben wir nicht an.

Wir wollen, daß uns möglichst viele Kreise unterstützen in dem Bestreben, den Widerstand in der Türkei gegen die Gewaltherrscher zu festigen. Einige Genossen in der BRD meinen, uns aber an diesem Punkt vor eine explizite Wahl stellen zu müssen. Für sie ist es so gut wie unmöglich, mit liberalen Kreisen in der Bundesrepublik (wie sie z.B. in der SPD und der Kirche existieren) zusammenzukommen. Das gleiche gilt natürlich auch anders herum. Ein praktisch allen Punkten der sonstigen Politik hat sich hier eine vollkommen konträre Haltung entwickelt, die praktisch schon einen normalen Umgang miteinander verbietet. Deshalb ist es für unsere deutschen Freunde unverständlich, wieso wir auch mit den liberalen Kräften zusammenarbeiten wollen. Sie glauben, wir würden dadurch aus dem linken Lager heraus in das bürgerliche Lager ausweichen. Für meinen aber, daß dieses bürgerliche Lager ebenso unsere Forderungen unterstützen kann, wie die westdeutsche Linke. Diese sollte uns dabei behilf-

lich sein, den Unterstützerkreis für Widerstand gegen die Militärdiktatur zu erweitern, d.h. auch und gerade in Kirche, Gewerkschaft und Parteien wie FDP und SPD hineinzuwirken. In gleicher Weise verlangen wir von den liberalen Kräften in der Bundesrepublik, daß sie uns eine Zusammenarbeit mit den Kräften links von ihnen nicht zum Vorwurf machen.

Wir sind ein Teil der Linken und fühlen uns daher auch mehr der westdeutschen Linken verbunden. Wir haben Vorstellungen von Gesellschaftsveränderung wie sie in liberalen Kreisen nicht vertreten werden. Von diesen Prinzipien werden wir nicht ablassen, ohne daß dadurch jedoch eine gemeinsame "Türkei-Solidarität" verhindert werden sollte. Nur wenn es uns gelingt, die Opposition gegen die Militärdiktatur auch in der deutschen Öffentlichkeit zu vergrößern, können wir von einer erfolgreichen Arbeit reden. Die westdeutsche Linke sollte uns an diesem Punkte behilflich sein.

AKTIONSMONAT MAI

Treffen der Solidaritätskomitees

Da im Mai 1981 wesentliche Entscheidungen zum Thema "Türkei" in Bezug auf ihre Mitgliedschaft im Europarat und Wirtschafts- und Finanzhilfe durch die Bundesregierung anstehen, trafen sich die Komitees zur "Türkei-Solidarität" am 11.4.81 in Frankfurt. Dieses Treffen sollte dazu dienen, die bislang gemachten Erfahrungen auszutauschen und einen Arbeitsplan für die Zukunft zu erarbeiten.

Zunächst ist einmal zu bemängeln, daß die Einladungen erst sehr spät verschickt wurden, so daß einige Orte gar nicht vertreten waren (u.a. Berlin, Nürnberg ...). Deswegen verlief die Besprechung der Erfahrungen vom Hungerstreik auch äußerst schleppend. Alle am Streik beteiligten Komiteemitglieder bedauerten allerdings, daß die während der Aktion gewonnenen Kontakte nicht aufrechterhalten werden konnten. Die Frage, ob es doch noch zu einer gemeinsamen Auswertung des Hungerstreiks kommen wird, konnte letztgültig nicht geklärt werden.

Für die nahe Zukunft wurden an koordinierten Aktionen beschlossen:

Jedes Komitee versucht an seinem Ort, Veranstaltungen mit folgenden Themenschwerpunkten zu organisieren:

- Solidarität mit den politisch Verfolgten
- Abschaffung der Todesstrafe (keine Hinrichtung)
- Freilassung der politischen Gefangenen
- Unterstützung der Ausgebürgerten
- Kritik der Türkei-Hilfe

Hierzu sollten je nach Möglichkeiten noch Kulturveranstaltungen, Stände und Flugblattaktionen stattfinden. Neben der allgemeinen Öffentlichkeit sind aber auch gezielte Aktionen notwendig, die darauf hinwirken, Verantwortungsträger in der Politik zur Rechenschaft zu ziehen, d.h. die im Hungerstreik und sonstiger Arbeit erworbenen Kontakte sollen in Richtung auf die Entscheidung in den Parlamenten aktiviert werden.

Für den 13.06.81 wurde ein neues Treffen in Köln vereinbart. Hierzu wird das Komitee in Hamburg noch Einladungen verschicken. Außerdem übernahm Hamburg auch die Sicherung des Informationsflusses sowie den Versand von Materialien für die Veranstaltungen.

